

1

Uiber die
Beförderung

des

Z u t r a u e n s

zwischen

Regenten und Unterthanen

E i n

Wort zur Wiederbelebung

der

erstorbenen Vaterlandsliebe

vornämlich

in deutschen Reichslanden

Verfasser:

[Christian August Heide] 

Habe ich übel geredet, so beweise es, daß es
böse sei; habe ich aber recht geredet, was
schlägest du mich?

Joh. XVIII. 23.

Germanien

bei Meissner. 1797.

[Lapz 9]



Den
Wahrheitliebenden
und
wohlwollenden
Fürsten Deutschlands
in
tiefster Ehrfurcht
gewidmet
von
dem Verfasser.

Vorerinnerung.

Gegenwärtige fragmentarische Abhandlung entging ihrer anfänglichen Bestimmung, in einem Journale ein paar Seiten einzunehmen, dadurch, daß ihrem Verfasser eine Krankheit auf einige Zeit die Stube hüten hiefs.

Dies verursachte, daß dieser Aufsatz sich unter der Feder vergrößerte, und für seine Bestimmung zu weitläufig wurde. Ob dieser Zufall dem Verfasser und seinem Schooskinde vortheilhaft oder nachtheilig gewesen sei, mögen die Leser entscheiden; er selbst befürchtet das letztere, hoffet jedoch zugleich deshalb Vergebung zu finden, wenn etwa hie und da einige Stellen die Farbe der finstern Laune und des mürrischen Wesens, welches kranke Personen so gern beschleicht, an sich tragen sollten. Seiner Ueberzeugung nach, muß ein

Schriftsteller, der sich, absonderlich im politischen Fache, nützlich machen will, nie seine Feder in Gift tauchen; auch verträgt nicht jeder Gegenstand ohne Unterschied die Geißel des Satyrs.

Es fehlt uns zwar in unsern Tagen nicht an Schriften über die Vaterlandsliebe. Den seligen Abbt forderten die großen Thaten, wodurch sich Preussens Helden im siebenjährigen Kriege verewigt hatten, zum Lobe des Patriotismus auf: er schrieb seine Abhandlung Ueber

den Tod fürs Vaterland, mit vieler Wärme und Energie, und errichtete sich dadurch ein bleibendes Denkmal seines vortrefflichen Herzens und seiner gemeinnützigen Denkungsart. Da er aber dabei mehr auf die Folgen eines schon herrschenden Patriotismus, als auf die Quellen desselben sein Augenmerk richtete, und die zur Belebung und Unterhaltung einer vernünftigen Vaterlandsliebe zweckdienlichen Mittel fast unberührt liefs: so geschah es, daß diese Schrift von vielen, auch den Großen und Mächtigen der Erde, zwar mit Wohl-

gefallen gelesen, allein daran, wie dieser Vaterlandsliebe bei dem Volke Eingang zu verschaffen sei, und was ihr noch hie und da im Wege stehe, nicht gedacht wurde. Berauscht von ihren herrlichen Früchten, vergaß man die zu deren Erzeugung benötigte Wartung und Pflege.

Ihm folgte von Dietz, königl. preussischer Gefandter zu Konstantinopel, in dem Versuche über den Patriotismus, Halle, 1773 und die kleine Vorlesung: Ueber den Patriotismus als einen

Gegenstand der Erziehung in monarchischen Staaten, Berl. 1777, deren Verfasser der würdige Etatsminister v. Zedlitz war. Für den Werth beider Schriften bürgt schon der Name ihrer Verfasser. Demungeachtet wird man finden, daß gegenwärtige kleine Nachlese noch nicht zu spät kommt; und sollte wohl alles, was zwar schon mehrmals gesagt, aber noch nicht ins Werk gesetzt und ausgeführt ist, für veraltete Waare gelten? Nur erwarte man keine ausführliche und umständliche Auseinandersetzung der vorliegenden

Materie von einem Manne, den mancherlei Sorgen darnieder drücken, die er dann und wann, bis ihm eine Gelegenheit sich auf andere Art gemeinnützlich zu machen, kommen wird, durch schriftliche Aufätze zu zerstreuen bemüht ist. Bloß einige Hauptmomente, die ihm wichtig schienen, wollte er hier ausheben und in Erinnerung bringen, nicht das Ganze erschöpfen; und wenn er manche nicht weniger wichtige Gegenstände, als: Leibeigenschaft und Frohnen, Vereinzelung der Landgüter und Gemeinheitstheilungen, Begünstigung

des Handels u. s. w. mit Stillschweigen
überging, andere nur kurz abfertigte,
so waren selbige zum Theil schon aus-
führlicher und besser, als es von ihm
hätte geschehen können, von einem
v. Münchhausen u. a. abgehan-
delt; theils waren es solche, über
deren Beschaffenheit, Werth oder Un-
werth er selbst bei sich noch nicht
entschieden hat; theils endlich sol-
che, deren Ausführung er sich, wenn
anders vorliegender Versuch nicht
ganz ungünstig aufgenommen werden
sollte, besonders vorbehalten hat. Ue-
berdies giebt es ja auch in der politi-

schen Welt, wie in der physischen, gewisse Dinge, die man bloß berühren, nicht aber mit fester Hand angreifen, noch weniger zerlegen darf, ohne sich den empfindlichsten Schmerz zuzuziehen.

Die schriftstellerischen Versicherungen von Wahrheitsliebe endlich, — die, wenn ein Journal literarischer Moden existirte, jetzt einen Hauptartikel darin ausmachen würden, — hält der Verfasser hier für überflüssig. Die Wahrheit des Raïsonnements muß sich selbst empfehlen; und für die

historische weifs der Sachverständige
die Belege zu finden. D. . im Fe-
bruar, 1797.

C. A. A.

Uiber die
Beförderung
des
Zutrauens
zwischen
Regenten und Unterthanen.

Bayerische
Staatsbibliothek
MÜNCHEN

Wenn wir die Schriften der Griechen und Römer durchlaufen, so finden wir auſſer dem, was Plato im Kriton davon dialogifirt hat, keinen, der über die Vaterlandsliebe ausdrücklich geſchrieben hätte. Man handelte damals aus Liebe zum Vaterlande, und ſchrieb deſto weniger darüber. Bei uns iſt's umgekehrt, zum ſichern Merkmale, daß die Sache ſelbſt unter uns auſſer Uebung gekommen, und der Eifer, dem Vaterlande zu dienen, erkaltet iſt. Egoismus, Eigennutz und Convenienz ſind an deſſen Stelle getreten. Vaterlandsliebe iſt jetzt eine devalvirte Münze, deren Werth immer mehr und

mehr fällt, und die bald ganz aufser Cours gesetzt, und höchstens noch in Münzsammlungen zum Andenken aufbewahrt werden wird, wofern man nicht bald eine Aenderung zur Wiederherstellung ihres wahren Gehalts trifft. Gleichwohl wäre es bei den jetzigen Zeitläuften eine ungemein gute Sache, wenn Vaterlandsliebe wieder unter uns auflebte; wenn wir durch Anstrengung unserer Kräfte das Beste des Vaterlands zu befördern uns bestreben, willigen Gehorsam gegen die Gesetze desselben bezeugten, großmüthigen Aufopferungen um feinetwillen uns unterzögen, auch im Nothfall dasselbe mit Gefahr unsers Lebens vertheidigten.

Zwar gebe ich gern zu, dafs in unsern heutigen Staatsverfassungen nicht gerade dieselben Triebfedern zur Hervorbringung dieser Leidenschaft wirksam seyn, nicht alle die Aufforderungen unsere Brust entflammen, und mit Muth und Uerschrockenheit erfüllen können, welche jene Sparta-

ner unter dem Leonidas bei Thermopylä befeelten; ein solcher Enthusiasmus ist bloß in Freistaaten möglich, und derjenige würde sich eben deswegen einen verdienten Spott zuziehen, der seinen Landsleuten jene Beispiele aus Griechenland und Rom zur Nachahmung aufstellen wollte. Demungeachtet bleiben uns noch Mittel genug übrig, der Nation eine vernünftige Liebe zu ihrem Vaterlande einzufloßen. Diese vernünftige Vaterlandsliebe läßt sich aber keinesweges durch Täuschungen erhalten. Wir müssen reelle und dauernde Vorzüge vor andern Ländern an unserm Vaterlande wahrnehmen, wenn wir es vernünftig lieben sollen.

Jeder Mensch besitzt zwar eine Vorliebe zu seinem Geburtslande, weil er die glücklichste Zeit seines Lebens, die Jahre seiner Kindheit und Jugend darin zugebracht hat, weil er sich der Liebe, Pflege und Wartung während seiner Unmündigkeit erinnert, und sich an den Gegenden,

wo er sich unschuldigen Freuden und Ergötzungen überliefs, mit Wohlgefallen weidet. — Nicht die Ueberzeugung, in seinem Vaterlande mindere Lasten als anderwärts zu finden, bewegt den, der es viele Jahre lang verlassen hatte, dahin zurück zu kehren; blofs der Trieb, sich denjenigen wieder zu nähern, die er für seine angeborenen und treuesten Freunde erkennt, ist für ihn ein unwiderstehlicher Reitz.

Diese Anhänglichkeit an den väterlichen Boden gründet sich also blofs auf dunkle Gefühle, auf die natürliche Zuneigung zu unsern nächsten Anverwandten und Freunden, auf gewisse angenehme Rückerinnerungen, ja zuweilen blofs auf Eitelkeit, und wird in einem vorzüglichen Grade bei wilden Nationen angetroffen, so wie sie überhaupt Menschen von weniger Kultur eigen ist, die unter dem Vaterlande gewöhnlich nichts weiter verstehen, als das Land, worinne sie geboren wurden.

Da nun aber die Liebe eines vernünftigen Geschöpfs sich nie bloß an den Ort heften, sondern sich vornämlich mit den Menschen, die ihn bewohnen, mit der Gesellschaft beschäftigen muß: so können wir diese eingeschränkte Bedeutung des Ausdrucks Vaterland hier keineswegs zulassen, wir nehmen vielmehr dieses Wort in einem erhabnern Sinne, und bezeichnen damit die Nation, die Gesellschaft selbst, die sich durch gewisse Einrichtungen und Gesetze zu einem fortdauernden Endzwecke verbunden hat, und deren Mitglieder wir sind. Hieraus folgt, daß die Liebe zum Vaterlande, die wir fordern, das vernünftige Bestreben sey, das Beste seiner Mitbürger auf alle Art zu befördern, und demselben seinen Privatvorteil, sobald es nöthig ist, aufzuopfern.

Wäre die allgemeine Menschenliebe so ausgebreitet und so lauter, daß man in allen Fällen auf sie rechnen könnte, so würde es überflüssig seyn, über Vaterlands-

liebe noch ein Wort zu verlieren. Alle Menschen aus den entferntesten Ländern, und von den verschiedensten Sprachen, Sitten und Gebräuchen würden dann alles, Glück und Unglück, Freude und Leid mit einander theilen, es würde von keinem Streit, viel weniger von verheerenden Kriegen unter ihnen gehört werden, einer würde den andern mit inniger Bruderliebe umarmen, und man würde das Vorbild der feligen Zukunft schon hier auf Erden vor sich sehen. Allein so sehr der Menschenfreund diesen feligen Zustand wünscht, so gering ist die Hoffnung, die ihm der Menschenkenner zu dessen dereinstigen Eintritt macht. Wir werden uns also schon glücklich schätzen müssen, wenn wir nur diese liebevolle Zuneigung auf einen engern Spielraum, wenn wir sie auf die Bürger eines und desselben Staats, und in Deutschland eines und desselben Territoriums, gegen einander eingeschränkt hervorbringen und unterhalten können. Und

doch, glaube ich, wäre es bei der Verfassung, in welcher sich die mehresten, ja fast alle civilisirte Staaten anjetzt befinden, beinahe noch leichter, in einem gewissen Grade Kosmopoliten, als Patrioten zu bilden. Denn so wie unsre meisten europäischen Staaten jetzt beschaffen sind, kann es fast jedem Unterthan gleichgültig seyn, ob er dem einen oder dem andern Regenten gehorchen müsse.

Es ist wahr, die natürliche Beschaffenheit des Bodens, die Mannichfaltigkeit seiner Erzeugnisse, die Menge und Industrie seiner Bewohner, sind sich nicht in jedem Lande gleich; die Fruchtbarkeit und Menschenzahl des einen erhebt sich oft über die des andern um die Hälfte, ja zuweilen noch höher: und doch würde man sehr irren, wenn man bloß nach diesen Verhältnissen die Glückseligkeit der Völker berechnen wollte. Der Zustand Frankreichs vor der Revolution giebt hiervon den klärsten Beweis. Wenig andere Länder

konnten wohl mit diesem Reiche, in Rücksicht auf natürliche Vorthelle sowohl, als auf zufällige, den Vergleich aushalten: und doch war der größte Theil seiner Bewohner, welcher die eigentliche Nation ausmachte, nichts weniger als glücklich. Der Sklave bleibt Sklave, er mag eine goldne oder eine eiserne Kette tragen.

Im Verfolg jenes widernatürlichen politischen Grundsatzes, dem man bis jetzt fast überall anhing, nämlich: dem Unterthan, oder dem gemeinen Manne müsse gerade nur so viel gelassen werden, als er bei ununterbrochener schwerer Arbeit, zu seinem kümmerlichen Unterhalte brauche, benutzte man den Unterthan, so gut man konnte, d. h. er mußte nach Verhältniß seines Verdienstes so viel hergeben, als er hatte, ohne von dem mehrern Segen seines Wohnorts, oder der größern Anstrengung seines Fleißes den wohlthätigen Erfolg eines kleinen Ueber-

fchuffes zu verspüren. Man glaubte diesen verkehrten Grundfatz deshalb befolgen zu müssen, damit das Volk nicht zum Befinnen und zum Nachdenken über seine wahre Lage Luft bekommen möchte. Und dazu diene auch ganz vortrefflich die so sehr erkünstelte und vielfach complizirte Regierungsverwaltung, da es anjetzt ein eignes langwieriges Studium erfordert, um diese Maschiene nach allen ihren Triebwerken, Federn und Rädern kennen zu lernen. Man setzte Geheimde Rätthe an Plätze, die vielmehr mit öffentlichen hätten besetzt werden sollen; denn es ist wohl nichts natürlicher, als daß das Volk davon unterrichtet werde, worzu seine Staatsbeiträge und Steuern verwandt, und wie das gemeinschaftliche Interesse aller Staatsbürger besorgt werde. Geschah es ja zuweilen, daß man die Verwendung einer gewissen Anlage dem Volke durch vorgelegte Rechnungen bekannt machte, so mußte dies als höchste Gnade und lan-

desväterliche Huld betrachtet werden, und man dachte nicht darauf, daß dieß zu den unnachlässlichen Pflichten des Regenten und seiner Minister gehöre. Noch jetzt sind die Ausdrücke: Höchste Gnade und Huld, und diesen ähnliche, manchen Menschen so geläufig, daß sie selbige überall gebrauchen, wo nur irgend, es sey in welcher Verbindung es wolle, vom Regenten die Rede ist. Unmöglich kann diese Art Leute etwas bei diesen Worten denken. Doch es giebt ja Klassen von Menschen, denen es nur zu oft an innerer Kraft fehlt, um von etwas mehr als bloßer Gnade leben zu können, deren Submission gegen Höhere aber in der Behandlung Geringerer sich gemeiniglich im umgekehrten Verhältnisse zeigt. Sie wissen vor Aufgeblasenheit nicht, wie sie sich nehmen sollen, wenn sie mit Leuten, die, wie sie es nennen, nicht von Familie oder Extraction sind, — wenn diese Leute auch nur eine Stufe unter ihnen stehen, — zu thun haben.

Noch immer gefällt mir die Art, wie ein gewisser Kammerherr bei folgender Gelegenheit zurecht gewiesen wurde.

Einer der Vorfahren des derzeitigen Landesherrn hatte zu seinem Vergnügen einen weitläufigen Garten angelegt, und zu dieser Anlage mehrere Grundstücke verschiedener Dorfgemeinden verbraucht. Diese Leute waren seit jener Zeit für den Verlust ihres Eigenthums noch nicht entschädiget worden. Nach langen Jahren endlich erreichte die Sache ihre Endschafft. Die Bauern wurden sämmtlich vorbeschieden, und der gedachte Kammerherr eröffnete ihnen:

Wie Se. Durchl. Sich in höchsten Gnaden entschlossen hätten, den Communen zu N. N. N. ein Entschädigungsquantum angedeihen zu lassen.

Der Rechtskonsulent, welcher den Gemeinden bedient war, korrigirte ihn augenblicklich: Gn. Herr Kammerherr,

sagte er, setzen Sie doch, statt Huld und Gnade, Gerechtigkeitsliebe! ! !

Die schmeichelhafte Benennung, Landesvater, womit man so häufig und allgemein unfre Regenten bezeichnet, will mir, trotz ihres lieblichen Klanges, nicht gefallen. — Von einem leiblichen Vater verhoffet man freilich, er werde das Beste seiner Kinder nicht aus den Augen setzen; und man erwartet dieß von seinem gutem Willen. Ein Regent hingegen steht in einem ganz andern Verhältnisse zu seinen Unterthanen: er ist Contrahent auf der einen, so wie letztere auf der andern Seite. Kein Contrahent wird aber leicht die Erfüllung des eingegangenen Contrakts auf den guten Willen des andern ankommen lassen wollen; und wäre es etwa nicht denkbar, daß der Nachfolger in der Regierung den guten Willen, den der dermalige Regent zeigt, nicht haben könnte?

Diese Uniformität der Staatenverwaltungen also gründet sich, wie obgedacht,

auf die jetzt überall herrschende Politik und das angenommene Finanzsystem, wozu man das Muster von Frankreichs Ludwigem entlehnte, und wobei man noch zu sehr auf die Unwissenheit und Gutwilligkeit des Volks rechnet. — Es ist Zeit, daß die Regenten darauf bedacht sind, diesen Gebrechen abzuhelpen; sie sind es sich selbst, sie sind es ihrem Volke, sie sind es ihren Nachkommen schuldig, die wohl zu spät einsehen möchten, wo ihre Vorfahren gefehlt haben. Jetzt ist der Zeitpunkt, wo, wenn Fürsten und Regenten Patriotismus bei ihren Unterthanen gründen, wenn sie dies große Triebrad der edelsten, uneigennützigsten Handlungen in Bewegung setzen wollen, wo, sage ich, diese Wohlthat von ihren Unterthanen noch mit vollem Danke aus ihren Händen wird angenommen und mit Segen begleitet werden. Denn es ist ja bekannt, daß wohlthätige Handlungen bloß dann, wenn sie aus freiem Antriebe entspringen, Werth

haben, hingegen selbigen ganz verlieren, sobald sie auf irgend eine Art abgenöthiget zu seyn scheinen. Heil also denen Regenten, die zuerst diese Bahn betreten, die dadurch nicht nur ihr Volk, sondern auch sich selbst wahrhaft glücklich machen, die das menschenfeindliche Geschwätz unpatriotischer Lieblinge, — welche vielleicht fürchten, es möchte ihnen bei den vorzunehmenden Abänderungen die Maske vom Gesicht gezogen werden, — verachten, mit Festigkeit den vorher reiflich überdachten Plan verfolgen, und dadurch ein Beispiel ächter Regentenweisheit geben! Ihr Andenken wird nach ihrem Tode immer in Segen bleiben, und sie werden leuchten wie die Sterne erster Grösse am Himmel.

Allen den Mitteln, wodurch das Aufkeimen, das Wachsthum und die Früchte der Vaterlandsliebe bei einer von einem Einzigem beherrschten Nation befördert und erhalten werden können, liegt e i n s

zum Grunde, welches allen übrigen erst das gehörige Gedeihen geben muß, das zwar in seiner Anwendung von weitem Umfange ist, aber auch desto sicherer wirkt, und durch seine angenehmen Bande die verschiedenartigsten Glieder eines Staats am festesten zusammenhält. Es ist dieses das Zutrauen, welches Regent und Nation gegenseitig zu einander hegen.

Dass dieses Zutrauen bei einer von einem Einzigem beherrschten Nation zur Beförderung der Vaterlandsliebe sich vorzüglich wirksam beweise, erhellet daraus, weil in denjenigen Ländern und Staaten, wo die einmal gegebenen Gesetze, öffentlichen Anstalten und Einrichtungen nur mit Zuziehung des Volks abgeändert werden können, wie dies der Fall in Republiken ist, diese Vaterlandsliebe im eigentlichen Sinne, als Anhänglichkeit an die bürgerliche Verfassung angetroffen wird: da hingegen in Monar-

chieen und in unserm deutschen Vaterlande, dessen Fürsten insgesammt, obschon einer mehr, der andere weniger, mit Souverainetät herrschen, die Ergebenheit für den Regenten selbst, mit der Vaterlandsliebe nicht nur in der genauesten Verbindung steht, sondern mit ihr beinahe in eins zusammenfällt, und daher, so lange es in eines Fürsten Macht steht, seine und seiner Vorfahren Gesetze nach Willkühr abzuändern, und Einrichtungen, die den alten ganz entgegen gesetzt sind, ohne Zuziehung der eigentlichen Nation, zu treffen, diese Neigung oder Abneigung sich wenigstens mit jedem Regierungswechsel abändern kann. Dieser Veränderlichkeit in den Gefinnungen zuvor zu kommen, dient dem Regenten nun vornämlich die Erwerbung und Erhaltung des Zutrauens seines Volks. — Zutrauen aber haben wir nur zu dem, von dem wir uns überzeugt halten, daß er es mit uns gut meyne, und daß eben daher sein auf unser Wohl und

Weh sich beziehende Handlungen jederzeit unser Bestes beabsichtigen. Fängt dieses Zutrauen wegen gewisser zweideutiger, oder uns unerklärbarer Handlungen auf unserer Seite an zu wanken, so würde es eben so seyn, als wollte man Vögel mit Steinwürfen fangen, wenn sich der andere beikommen liesse, unser Zutrauen durch harte Worte und Befehle wieder herzustellen und zu befestigen. Nein, er erkläre uns vielmehr jene missverstandene Handlungen, und überführe uns von ihrem wohlthätigen Zweck, oder, wenn er dieß nicht will, oder nicht kann, so fange er wenigstens von jetzt an, offener und gerader mit uns umzugehen, als er zeither gethan hat, und es wird sich das verlorne Zutrauen nicht nur von selbst wieder finden, sondern wir werden auch geneigt seyn, seinem vorigen Benehmen, das uns damals so zweideutig vorkam, eine gute Deutung zu geben.

Die Zeiten sind vorüber, wo man den

B

Unterthan zur Erfüllung seiner Obliegenheiten bloß durch Furcht nöthigte, und ihm die Lasten, die er trug, durch rauschende sinnliche Lustbarkeiten vergessen machte. Und sollte dies wohl ein so großes Unglück seyn? Diejenigen, welche es dafür halten, scheinen vergessen zu haben, daß man ehemals bloß gezwungen und aus Noth, Furcht und Gewalt anwenden mußte, um den heilsamen Verordnungen, die man gab, Nachdruck zu verschaffen, daß es aber den Gesetzgebern weit angenehmer seyn muß, wenn sie diese harten Mittel bei Seite legen, und ihre Unterthanen von der Güte und Wohlthätigkeit ihrer Verordnungen überzeugen können. Muß der Regent sich nicht selbst bestreben, die Nation auf eine Stufe der Kultur zu bringen, wo sie einsieht, daß alle Einrichtungen und Gesetze, die er giebt, lediglich zu ihrem Besten abzwecken? Glaubt er wohl seine Pflichten in ihrem ganzen Umfange zu erfüllen, wenn er

bloß für das leibliche Wohl seiner Unterthanen sorgt, um ihre geistige Vervollkommnung hingegen sich unbekümmert läßt, ja wohl selbige, aus übel verstandener Politik, zu hindern und zu unterdrücken sucht? Es geht hierin mit ganzen Staaten eben so, wie mit dem einzelnen Menschen. Wir müssen in unsern Kinderjahren den Befehl unserer Eltern und Lehrer ohne allen Einwand unbedingt gehoramen; und es widerfährt uns hierunter kein Unrecht: wir müssen vielmehr die Ruthe küssen, die uns schlägt. Nach und nach nähern wir uns den Jahren, wo die Sinnlichkeit und das innere Gefühl erwacht. Es wäre unsinnig, wenn sich ein Orbil vornähme, dieses durch Härte und Strenge unterdrücken oder gar ausrotten zu wollen. Er könnte und dürfte dieß nicht. Der Erzieher wird hier die Ruthe weglegen, und bloß darauf bedacht seyn müssen, durch unvermerkte Leitung diese erwachende Triebe unschädlich zu ma-

chen, und sie auf Gegenstände hinzulenken, die edel und so beschaffen sind, daß sie den Charakter bilden, und ihm die nöthige Politur geben. Der rasche, feurige Jüngling reift endlich zum Manne auf. Nachdenken und Ueberlegung treten an die Stelle der Sinnlichkeit: die erhabenen Gefänge, die er vorher zum Lobe der Gottheit oder der großen Natur anstimmte, verwandeln sich jetzt in ernste Betrachtungen und tiefes Nachsinnen über den Urheber des Weltalls und die weise Regierung desselben; die zärtlichen Lieder, wodurch er sonst dem Drange seiner Empfindungen Luft machte, weichen jetzt der Sorgfalt für die Erziehung seiner Kinder; zurückgezogen in den Kreis seiner Familie, sind ihm diese häuslichen Freuden mehr werth, als Bälle und Maskeraden.

Gerade dieß ist auch der Gang, den ganze Nationen nehmen. Die Zeiten der Rohheit und Barbarei machen ihre Kinderjahre aus. Die Nation wird nach und nach

milder, ihr jugendliches Alter zeichnet sich durch die Kunstwerke der Dichter, Maler, Bildhauer und anderer Künstler aus. Zuletzt kommt der Zeitraum, den wir, ziemlich unbestimmt, das philosophische Jahrhundert nennen. In allen Fächern des menschlichen Wissens treten nun Männer auf, welche die zeither im Gange gewesenen Begriffe untersuchen, näher bestimmen, erläutern und von den beigemischten Irrthümern säubern. Da nun Religion und Staatsverwaltung doch auch einmal an die Reihe kommen, so werden auch hier die Irrthümer und Täuschungen, welche List und Betrug, von Geitz und Herrschsucht angefacht, und von Einfalt und sklavischer Furcht beängstigt, eingeführt haben, aufgedeckt und in ihrer Blöße dargestellt. Bisher hatte man den Verbesserungen in allen übrigen Wissenschaften, der Mechanik, Oekonomie u. a. ruhig zugesehen, man hatte sie sogar, von ihrem Nutzen überzeugt, durch Prä-

mien zu befördern gesucht: aber nunmehr, da man auch die Wahrheit der hergebrachten Religionsmeinungen und die Güte der eingeführten Staatsverfassungen auf den Probierstein bringen will, schreiet alles über die Gefährlichkeit der Neuerungen. Scheint es nicht, als gäbe man dadurch stillschweigend zu erkennen, daß alles andere Wissenswürdige, womit sich der menschliche Geist von jeher beschäftigt hat, in seiner Art weit mehr Wahrheit und Brauchbarkeit enthalte, und auf festern Gründen beruhe, als die genannten beiden Gegenstände? Glaubt man etwa durch den Lärm, den man erhebt, der guten Sache zu nützen? oder sieht nicht der Mann von nur alltäglicher Erfahrung sogleich ein, daß dadurch die Aufmerksamkeit auf diese Gegenstände nicht bloß gespannter wird, sondern auch den Verdacht: man müsse sich doch wohl nichts Gutes bewußt seyn, sonst werde man nicht so auffah-

ren, zum Begleiter hat? Die Klerisei macht es hierbei, wie sie es von jeher bei jeder Gelegenheit, wenn sie an ihrer schwachen Seite angegriffen wurde, zu thun gewohnt war: sie sucht die Großen der Erde durch Schreckbilder in Furcht zu setzen, und giebt sich das Ansehen, als wollte sie den Beweis führen, daß Souverainetät auf Orthodoxie beruhe, und beide mit einander stehen und fallen. Gerade als wenn Leute, die einen dreieinigen Gott glauben, sich besser in monarchische Staaten, wo doch nur einer herrscht, schickten, als die einen einigen Gott glauben, und dadurch, daß sie Erbsünde annehmen, vermöge welcher ihnen also auch die Rebellionsucht angeboren ist, und dadurch, daß sie noch dazu einen Teufel glauben, der sie unaufhörlich zu allem Bösen, also auch zum Aufstande verleitet, ruhigere und treuere Unterthanen wären? Erinnern sich diese Herren nicht, daß unter

Friedrich II. die Erfahrung ihre Behauptungen widerlegt habe?

Da also, wie gedacht, zu Erlangung des Zutrauens einer in der Aufklärung fortschreitenden Nation durchaus nöthig ist, daß der Regent offen handle, und seine Verordnungen, Gesetze und Einrichtungen mit Gründen, die zur allgemeinen Bekanntmachung geeignet sind, unterstütze: so giebt uns dieß Gelegenheit, hier ein Wort über einen Gegenstand fallen zu lassen, über den man in unsern Tagen so laut geworden ist. Das Lobpreisen der Publizität auf der einem, so wie das Verketzern derselben auf der andern, wiewohl schwächern Seite, ist in unsern Tagen so stark gewesen, daß viele, die zum Untersuchen und Nachdenken darüber entweder zu schwach, oder zu bequem waren, dadurch in ihrem Glauben an die Beschaffenheit derselben ganz irre gemacht worden sind. — Es ist hier nicht der Ort, die von beiden Theilen zur Unterstützung

ihrer Behauptung gebrauchten Gründe zu wiederholen; man erlaube mir nur, den Widersachern der Publizität zwei Fragen vorzulegen. Vorausgesetzt, daß, wenn von Publizität die Rede ist, wir dabei nicht bloß auf Religion und Politik, sondern auf alles Wissenswürdige, auf alles, was den menschlichen Geist vom Anfange an in Thätigkeit gesetzt hat, unser Augenmerk richten müssen:

auf welcher Stufe der Kultur würden sie wohl das Menschengeschlecht jetzt erblicken, wenn die öffentliche Mittheilung aufgefundener Wahrheiten zu allen Zeiten für Contrebande gegolten hätte?

Jeder einzelne Mensch müßte sich mit dem, was er selbst auffände, begnügen, und dies würde im Vergleich mit den durch Austausch und wechselseitige Mittheilung erworbenen Geisteschätzen, mit

denen wir jetzt wuchern, unendlich wenig seyn; ja wie viele würden nicht dabei ganz leer ausgehen?

Ferner:

worzu hat uns der Schöpfer Vernunft und Sprache verliehen? etwa blofs, um gemeinschaftlich mit den Thieren des Feldes unsere Nahrung aufzufuchen, und nach Verschiedenheit des angenehmen oder unangenehmen Einflusses der äufsern Dinge auf uns, entweder ein freudiges Geschrei, oder ein banges Geheul von uns hören zu lassen?

Von der Nützlichkeit und Brauchbarkeit der Publizität überhaupt wäre also die Frage nicht mehr, wohl aber von dem rechten Gebrauch derselben. Hierüber liesse sich nun wohl so manches und mehr sagen, als mir hier der Ort erlaubt.

Wenn ich aber vom rechten oder unrechten Gebrauch der Publizität rede, so sehe ich nicht bloß darauf, ob man sich ihrer zu laut und ungezähmt, zur unrechten Zeit, auf eine unverantwortliche Art u. s. w. bedient habe, sondern ich habe dabei vorzüglich den Umfang und die Allgemeinheit dieses Gebrauchs in den Augen. Man ist in unsern Tagen einerseits hierin zu weit gegangen, andererseits aber hat man der Sache zu wenig gethan.

Bei einer Controversache muß nicht bloß der eine Theil seine Behauptungen oder Forderungen vorbringen, und sie mit Gründen unterstützen, sondern es muß auch der andere Theil gehört werden. Unterläßt dieser aber seine Vertheidigung, macht er keine Ausstellungen wider die jenseitigen Forderungen, wie er sollte und könnte, so hat er sich selbst zuzuschreiben, wenn man ihn des Bezüchtigten für schuldig erkennt, und annimmt, er habe

das gegentheilige Anbringen stillschweigend eingeräumt.

Ein grosser Theil unsrer politischen, philosophischen und statistischen Schriftsteller war seit geraumer Zeit nur bemüht, die Mängel und Gebrechen der Regierungen aufzudecken, und ergriff jede noch so entfernte Gelegenheit, diesen Voratz auszuführen. Es konnte mithin nicht anders kommen, als dafs, da man auf die Fehler der Regierungen und persönliche Schwachheiten der Regenten unaufhörlich Jagd machte, oft der Tadel, den eine an sich löbliche oder wenigstens gleichgültige Verfügung aus Mißverstand von ihnen heute erfuhr, morgen wieder zurückgenommen und widerrufen werden mußte. Man wurde, überhäuft mit ewigen Klagen und Rügen über Staats- und Polizeigebrechen, endlich mißmüthig, und legte mit Unwillen das Buch aus der Hand, das uns zuweilen für die traurigen Empfindungen, welche es in uns erregt hatte, nicht durch

eine einzige Bekanntmachung einer guten und löblichen Fürstenthats wieder entschädigte und aufrichtete; und doch waren zu eben der Zeit lobenswürdige und rühmliche Thathandlungen, besonders unter den Fürsten Deutschlands, nicht eben selten. Ob dieses aus Ueberzeugung, Unwissenheit, Laune, oder bloß aus Mode so geschah, will ich hier nicht untersuchen. Es ist überhaupt, vermöge der Unvollkommenheit und Schwachheit unserer Natur, weit leichter, an den menschlichen Handlungen Fehler wahrzunehmen und aufzudecken, als ihren wahren Werth zu schätzen und ins Licht zu setzen. — Dahingegen benutzten nicht alle Regierungen auf gleiche Weise den Vortheil, durch Darlegung der rühmlichen Bewegungsgründe zu ihren Befehlen, und durch Aufdeckung der Endzwecke ihrer Anstalten die Unterthanen zum Vertrauen gegen jene Befehle und zur Beförderung dieser Anstalten zu bewegen. Vielleicht glaub-

ten sie, es wäre dieses deswegen nicht nöthig, weil sie sich über diese Obliegenheit erhaben, und es ihrem Ansehen unwürdig hielten, ihren Unterthanen über ihre Schritte Rechenschaft zu geben. Allein diese Verfahrungsart, welche sich auf die ehemals allgemein herrschende Maxime: „dass die Unterthanen um des Fürsten willen da seien, er sie mithin zu seinen Absichten wie Maschinen gebrauchen könne“, stützet, dürfte in unsern Zeiten schwerlich noch Anwendung leiden: vielmehr wird der Regent wohl thun, wenn er seine Vorschriften jedesmal mit hinreichenden Gründen, welche auf das Wohl des Staats Bezug haben, unterstützt, und die Veranlassung zu selbigen zugleich mit bekannt macht; und dies vorzüglich dann, wenn durch die aufgelegte Verbindlichkeit das Privatinteresse mehrerer einzelnen dabei in Kollision zu kommen scheint. Auch bei den schon bestehenden alten Gesetzen ist diese Mafsregel anwend-

bar, und es ist einer jeden Unterobrigkeit anzurathen, bei Vorfällen, wo das Interesse einzelner gegen das Beste des Ganzen anstößt, wie dieß häufig der Fall bei Gemeinde - und Innungsfachen ist, sich nicht schlechtweg auf die vorhandenen gesetzlichen Vorschriften zu beziehen, sondern vielmehr selbige den Interessenten von der Seite des gemeinschaftlichen Nutzens vorstellig zu machen.

Die Regierung erlaube aber auch Oeffentlichkeit dem Unterthan. Man lasse nicht nur jeden denken, was er will, sondern auch seine Meinung sagen. Freiheit im Reden und Schreiben ist ein Gut, welches der Bürger gern theuer bezahlt, und wogegen er sich oft die drückendsten Abgaben gefallen läßt. Eine weise Regierung hat von ihr nichts zu fürchten: sie erfährt vielmehr durch selbige die ihr noch anklebenden Mängel, und die Mittel selbigen abzuhefen. Indem sie jedem Staatsbürger erlaubt, auch sogar ihre Ge-

setze und Veranstaltungen laut zu beurtheilen, so beruft sie gleichsam alle denkende Köpfe der Nation zu einer perennirenden Versammlung, und die ganze Summe von Geisteskräften im Lande wird dadurch eben so für das Wohl desselben in Thätigkeit gesetzt und benutzt, wie die Summe der Körperkräfte in selbigem. Zeigt sie hernach, daß sie gethane Vorschläge zu Verbesserungen ihrer Aufmerksamkeit würdige, sie prüfe, und die wirklich gut befundenen ins Werk setze; ruft sie den Urheber derselben ans Licht; belobt und belohnt sie ihn öffentlich: so bewirkt sie dadurch Enthusiasmus für das Wohl des Vaterlandes in den Seelen seiner Weisen, und diese wetteifern sofort, Segen für dasselbe zu ersinnen. Besonders dient die Publizität dazu, daß der Fürst seine Diener, Beamten und Stellvertreter im ganzen Lande kennen lerne. Diese sind oft in ihrer Sphäre ganz andre Menschen, als er sie bei sich im Kabinet, in

der Antichambre und an der Tafel erblickt. Die unterdrückte Unschuld zu retten, und die unbändige Grausamkeit im Zaume zu halten, ist Pressfreiheit das einzige unfehlbare Mittel. Wo sie herrscht, da ist es unmöglich, daß das Volk sehr unglücklich seyn könne; und so befördert sie den Aufruhr nicht, sondern verhindert ihn vielmehr. Man wälze die Veranlassung zu Frankreichs Revolution ja nicht auf seine Schriftsteller: bloß seinen Beherrschern haben wir die so häufig verübten Gräuelthaten zuzuschreiben, da sie die ihnen gegebenen Winke nicht verstehen, wenigstens nicht beherzigen wollten.

Die Mängel an unpartheiischer Gerechtigkeitspflege sind zu wichtig, als daß sie von einem Regenten, dem es um das Zutrauen seines Volks zu thun ist, sollten übersehen werden. Freilich liegt die Schuld davon oft weniger an den

Gesetzen, als an den Richtern. Zu diesen wähle man, soviel möglich, Männer von anerkannter Rechtschaffenheit; den Pflichtvergeßenen aber zeige man bei vorkommenden Gelegenheiten, daß es uns mit den angedrohten Strafen Ernst sei, und sie werden den Geringern gegen den Vornehmern, den Armen gegen den Reichen Recht finden lassen, sobald er Recht hat. So wahr es ist, daß, ausser der nöthigen Geschicklichkeit, unbescholtene Rechtschaffenheit und Unbestechlichkeit die Haupteigenschaften eines guten Justizadministrators sind, so schädlich für ihn selbst, so gefährlich fürs Ganze muß es werden, wenn der gute Ruf eines solchen Mannes durch seine eigne Schuld sinkt, oder wohl gar verloren geht. Hat daher ein solcher, er sei Richter oder Dikasteriant, oder wohl gar Beisitzer eines Kollegiums, das die höchste Instanz in Justizsachen der Unterthanen ausmacht, sich grober Unge-

rechtigkeiten oder Betrügereien, auch außerhalb der Gerichtsstube, außerhalb des Dikafteriums und Kollegiums schuldig gemacht, und diese Ungerechtigkeiten, diese Betrügereien sind öffentlich ruchbar: so sollte man nicht erst auf die Ankläger warten, da die Notorietät der Vergehungen dessen Stelle vertritt. Er werde, wegen des übeln Beispiels, nach vorgängiger fiskalischer Anklage und Untersuchung, seines Amtes entsetzt; und will man, wie billig, das Vergehen des Vaters seinen Kindern nicht entgelten lassen, so wird für diese auf jede andere beliebige Art besser gesorgt, als durch Diffimulazion des väterlichen Vergehens. Aber oft liegt die Schuld davon auch an den Gesetzen selbst. Davon sollten wir, hoffe ich, nunmehr überzeugt seyn, daß nicht die Menge der Gesetze die Justizadministration befördere, wohl aber erschwere, und Vorschub zu Verzögerungen darbiere. Nicht zu ge-

denken, daß, unerachtet der ungeheuern Anzahl von Gesetzen, dennoch ihr Umfang bis jetzt immer noch sehr beschränkt war, und viel daran fehlte, daß die Gesetzgebung alle und jede Umstände, die zu ihrer Entscheidung gehören, umfaßt hätte. So find, um nur ein Beispiel von der peinlichen Gesetzgebung herzunehmen, die Verbrechen des strafbaren Eigennutzes, als: Büchernachdruck, Ueberschreitungen der Taxe, Bettelei, Stiftung von Uneinigkeiten in Familien, Erbschleichung und unerlaubte Contrakte, d. h. solche, die zwar mit Einwilligung, aber zum großen Nachtheil des andern geschlossen werden, lauter Gegenstände, die von den Gesetzgebern gewöhnlich unberührt blieben; zum Beweis, daß es zu einer und derselben Zeit, bei einer und derselben Nation zu viel und zu wenig Gesetze geben kann. Noch haben wir keine Gesetzgebung, welche in ihrem Umfange

Umfange hinlänglich vollständig, und in der Beschaffenheit ihrer Vorschriften vollkommen wäre. So lange das nicht ist, wird es stets Fälle geben, die durch das Gesetz bestimmt seyn sollten, und es nicht sind; und Fälle, die durch das Gesetz falsch bestimmt sind, es sei nun die Vorschrift des Gesetzes an sich mangelhaft, oder sie werde es durch Beiseitesetzung der nöthigen Mittel, das Gesetz zu vollziehen. Von dieser letzten Art sind die Duell-Gesetze. Trotz aller Verbote, trotz aller scharfen Strafen, die angekündigt worden, hat bis jetzt noch keine Gesetzgebung den Weg gefunden, diesen Gesetzen, im Ganzen genommen, Gehorsam zu verschaffen. Die Regierung kann also bei Duellen nicht mit voller Kraft handeln. Sie schweigt, und mildert Strafen ohne hinlänglichen Grund. Hierzu kommt, daß deutsche Unterthanen nicht bloß nach deutschen, sondern grösstentheils nach

ausländischen Gesetzen, und nach Autoritäten ihrer Rechtslehrer, wovon einer dem andern oft geradezu widerspricht, gerichtet werden. Diejenigen Lande, deren Gesetzsammlungen zu mehrern Folianten angewachsen waren, wo Gesetze fremder, nach Wohnort und Zeit ganz verschiedener Nationen galten, und noch überdies die Ausprüche unzähliger Rechtslehrer in Ansehen standen, haben den Schaden davon empfunden, und deshalb eine allgemeine Revision der gesammten Gesetzgebung veranstaltet, wovon die preussisch-brandenburgischen Staaten schon jetzt die Früchte genießen, worauf ihre Nachbarn, die Kurfachsen, mit Lüfternheit hinschauen, und die man ihnen wahrscheinlich nicht lange mehr vorenthalten wird. Alle Verbesserung der bürgerlichen Gesetzgebung aber muß von der Prozeßordnung ausgehen. Erst wenn diese von Mängeln und Gebrechen gesäubert, und auf gesunde

Grundsätze zurückgeführt ist, kann man mit Erfolg zur Revision der einzelnen Gesetze übergehen. Und dieß ist gerade der Weg, den die weise Regierung Kurfachsens einschlägt.

Weit schwerer, aber auch zugleich weit rühmlicher ist es, vorausszusehenden Unordnungen im Staate vorzubeugen und sie gleichsam in ihren Quellen zu verstopfen, als begangene mit Strafen zu belegen. Eben deshalb erwähnt auch die Geschichte jener Edeln, die sich durch Veranstellungen ersterer Art auszeichneten, mit dem verdienten Lobe, da hingegen die Namen der Strafgesetzgeber größtentheils unbekannt geblieben sind, oder, wenn wir sie gleichwohl aufgezeichnet finden, dieses zum öftern bloß deshalb geschehen ist, weil ihre Gesetze mit Blute geschrieben waren.

Hier gäbe es einen geräumigen Tummelplatz zu Klagen über Polizeigebrechen: ich werde nur zwei Gegenstände berühren.

Die Polizei soll bekanntlich vor allererst den physischen und moralischen Krankheiten im Staate vorbeugen, und sodann zugleich darauf Bedacht nehmen, den Gefunden ihr Leben angenehm, den Genuß geistiger und leiblicher Nahrung gedeihlich zu machen. Die erstere Sorge muß unstreitig der letztern vorgehen. An manchen Orten ist es gerade umgekehrt. Während der vornehme Schlemmer an einer glänzenden Tafel seinen Gaumen mit Leckereien aus beiden Indien, oder sein Ohr im Konzert mit schmeichelnden Tönen kützelt, oder aber im Theater die Zeit zu tödten sucht; während der müßige Theil der Einwohner in den mit großen Kosten angelegten Spatziergängen lustwandelt, verwünscht der Frachtfuhrmann die erbärmliche Landstrasse, die sein Vieh

zu Tode martert, und sein Geschirr von Grund aus ruinirt; sitzt der arme Tagearbeiter, der geschickte, aber nicht gesuchte Professionist nach einem schweis- und kummervollen Tage am Abend mit Weib und Kind bei einer Wassersuppe oder einem ähnlichen kraftlosen Nahrungsmittel, das gerade nur hinreicht, ihm bis zum andern Morgen, wo sein Elend von neuem beginnt, das Leben zu fristen; schmachtet der hülflose Kranke auf seinem harten Lager entweder ohne alle Hülfe, oder, was öfters noch schlimmer ist, er nimmt seine Zuflucht zu Quacksalbern: beide klagen; jener, daß er die ungeheuren Preise der nothwendigsten Lebensbedürfnisse, dieser, daß er die theuern Arzneien, deren Preis vom Apotheker, oder in dessen Abwesenheit, von einem seiner Gefellen willkührlich bestimmt wird, nicht bezahlen kann. Es ist in Wahrheit zu beklagen, daß noch in so vielen ansehnlichen

Städten Deutschlands es theils gänzlich an einer Taxe der Apothekerwaaren mangelt, theils die vorhandenen Dispensatorien unvollkommen und unzweckmäfsig find. Es fällt auf, wenn man in einer Apotheke die nämliche Arznei, die man gestern mit 8 Groschen bezahlte, heute mit 14 Groschen, oder, an Orten, wo mehrere Offizinen find, in der einen um $\frac{3}{7}$ theurer bezahlen mufs, als in einer der andern; oder wenn in dem vorhandenen Dispensatorium die zusammengesetzten Arzneien nicht nach ihren Mischungen und Ingredienzien, sondern blofs nach ihren Wirkungen, als: für ein Digestiv, für ein Brechmittel u. dgl. taxirt find.

Die Aufgabe, wie der Bettelei und den daraus entstehenden Unordnungen und Verbrechen zu steuern, und wie aus dieser lästigen Volksklasse nützliche Bürger gemacht werden können, ist in unsern Tagen schwerer aufzulösen, als es den An-

schein hat. Es stehen den zu dieser Absicht entworfenen Planen immer so viele Hindernisse im Wege, daß auch der unermüdetste Eifer für die gute Sache endlich erkaltet, wenn er sich für seine Anstrengung und Geduld am Ende mit Undank und mancherlei Kränkungen belohnt sieht. Man sollte dabei nur bedenken, daß, wenn man dergleichen Verderbnisse von Grund aus heben will, man sich es auch etwas kosten lassen müsse. Warum hat es denn der König von Preussen, warum hat es die Reichsstadt Hamburg so weit bringen können, daß man in ihren Landen reisen, auf ihren Straßen einhergehen kann, ohne von Bettlern angefallen zu werden? Sie scheueten nicht die Kosten, welche die erste Einrichtung der zu diesem Behuf benötigten Anstalten anfangs nothwendig erforderte, empfinden aber auch jetzt das Wohlthätige derselben, und werden von ihren Unterthanen und Einwohnern dafür

gefügnet. — Die Stadträthe in den Städten sind zu schwach, um den guten Willen, den sie oft dazu haben, auszuführen, wenn sich nicht der Fürst selbst ins Mittel schlägt.

Es giebt gewiss in jedem Lande Kassen, deren jährliche Einnahme die Ausgabe um ein Beträchtliches übersteigt. Sollte man nicht dieses Surplus, mit einer geringen Abweichung von der zeitherigen Bestimmung, zu Bedürfnissen verwenden dürfen, die jetzt dringender geworden sind, als die, welche ehemals jene Bestimmung nothwendig machten? zumal wenn von der neuen Verwendung mehr Nutzen fürs Ganze zu erwarten steht?

Es ist nicht zu leugnen, Zuchthäuser sind in Ländern, wo die Todesstrafen entweder ganz abgeschafft, oder doch auf seltene Fälle eingeschränkt sind, nothwendige Anstalten, bleiben aber dabei immer nur nothwendige Staatsübel, so lange die Er-

fahrung die Frage: ob selbige die Summe des Guten oder des Bösen im Ganzen vermehren? nicht überflüssig macht; und dieß wird sie nicht vermögen, so lange wir die Verbrecher, wegen der zu häufigen Concurrenz, nur auf gewisse Jahre in Zuchthäusern aufbewahren können. Daher liegt der Behauptung, daß, je mehr die Menge der Zuchthäuser in einem Lande zunehme, desto mehr auch die Bösewichter, ihrer Gefährlichkeit und Anzahl nach, im Ganzen anwachsen, wohl kein unrichtiger Schluss zum Grunde.

Zuchthäuser sind Palliativmittel, die das Uebel oftmals schlimmer machen: Waisenhäuser und Erziehungsanstalten sind Radikalmittel, die es geradezu angreifen, und es von Grund aus heilen. Die Absicht der Zuchthäuser sowohl als der Erziehungshäuser ist ziemlich dieselbe. Beide wollen nützliche Staatsbürger aus Menschen machen, die es vorher nicht waren;

nur dafs man in erstern dergleichen nützliche Mitglieder des Staats aus heillofen Böfewichtern machen will, wozu das gebrauchte Mittel weder ausreichend, noch überhaupt anwendbar ist: letztere hingegen haben den unschätzbaren Vorzug vor jenen, dafs ihre Mittel der menschlichen Natur weit angemessener sind, und selten ihres Zwecks verfehlen.

So ergiebig der Zuflufs ist, welchen die Zuchthäuser in Kurfachsen an jährlichen Beiträgen haben, so wird er, wenn die Anzahl der Zuchthausbewohner von Jahr zu Jahr immerfort so steigt, wie bisher, — und diefs kann obangezogener Umstände wegen nicht fehlen, — am Ende doch nicht zureichend seyn. Könnte also nicht der zur Unterhaltung so vieler unverbesserlicher Böfewichter bestimmte ansehnliche baare Geldvorrath nicht weit nützlicher zur Errichtung von Waisen- und Erziehungshäusern, worin die Jugend der

ärmsten Volksklassen in Dingen unterrichtet würde, die zu ihrem künftigen Fortkommen dienen, verwendet werden? zumal wenn die daselbst bestehende Prämiencasse, worein, bei Besetzung jedweder Civilstelle im Lande, die mit ihr verbundene, auf die ersten Monate der Dienstzeit fallende Befoldung fließt, zur Beihülfe gezogen würde? Die aufgenommenen Kinder müßten in diesen Anstalten, — die man meinetwegen auch Arbeits- oder Industriefschulen nennen mag, — gewisse Jahre lang bleiben, um ihren Unterhalt und die anfänglich verdorbenen Materialien durch die nachgehends brauchbarere Arbeit, wenigstens zum Theil, vergüten zu können. Wäre ihr Fleiß oder die Güte ihrer gelieferten Arbeiten so groß, daß, nach Abzug des, nach Verhältniß der Dauer des Aufenthalts genau bestimmten zu entrichtenden Ersatzes, noch etwas übrig bliebe, so müßte ihnen dieser Ueber-

schufs gesammelt, und bei ihrer Entlassung auf beliebige Art zu ihrem Besten verwandt und angelegt werden.

Es leuchtet ein, dafs dergleichen Anstalten von mannichfaltigem Nutzen, und mit den Zuchthäusern gar nicht zu vergleichen sind. Denn der dazu benöthigte Aufwand würde mit der festgesetzten Anzahl der Aufzunehmenden zugleich bleibender und feststehender als bei diesen; ja man kann mit Gewifsheit annehmen, dafs er sich mit der Zeit eher vermindern, als vermehren würde. Denn die in diesen Anstalten Erzogenen würden dadurch, dafs sie gelernt hätten, ihr Brod selbst zu verdienen, grösstentheils in den Stand gesetzt, ihre Kinder selbst zu erziehen. Nun rechne man im Durchschnitt nur drei Kinder auf jede Familie, aus denen, in Ermangelung jener Institute, zwei Dritteile Bettler, Müßiggänger und Taugenichtse geworden, und den Zuchthäusern

zur Last gefallen wären, die aber jetzt brauchbare Professionisten und Handarbeiter sind: so ergiebt sich, daß nicht nur die Menschenzahl in den Zuchthäusern, — welche vor der Hand zugleich noch bestehen blieben, — sondern auch in den Erziehungsanstalten im besagten Verhältnisse von Generation zu Generation abnehmen müßte. Mit der gleichzeitigen Abnahme des Aufwands träten nun aus jenen Arbeitsschulen eben so viele nützliche und brauchbare Bürger hervor, welche die gemeinen Oblasten mit tragen, und den Staat dadurch wegen der aufgewandten Kosten reichlich entschädigen würden. — Freilich ist es nöthig, bei dergleichen Einrichtungen nicht bloß bei dem Gegenwärtigen, was vor uns liegt, stehen bleiben, und von dem Saamen, den wir ausstreuen, auch sogleich die Früchte einerndten zu wollen: wir müssen vielmehr, wie es Geschöpfen edlerer Art ziemt, den Vorschriften der Uneigennützigkeit, — einer Tu-

gend, die man bei keinem Staatsmanne vermiffen follte, — gemäß, unfere Berechnung für die Zukunft machen. Es muß dem, der für die Staatsnachkommenfchaft auf eine fo uneigennützige Art geforgt hat, die reinfte Freude gewähren, wenn er fchon jetzt im voraus fieht, wie fo viele feiner Mitbürger das Glück genießen, welches er ihnen vorbereitete. Mit welcher Beruhigung kann er fein Haupt niederlegen, wenn er hoffen darf, daß noch die fpäteften Generationen feinen Namen nie anders, als mit Segnungen nennen werden!

Ein nothwendiges Erforderniß zur Erhaltung des Zutrauens der Nazion ift es ferner, daß der Fürft ein vollkommenes Verhältniß unter den öffentlichen Abgaben herftelle, woran es noch häufig fehlt. Die Grundlage dazu macht der Vermögenszuftand feiner Staatsbürger aus, welcher entweder abfolut, oder relativ ift, je nachdem die acti-

ven Bürger des Staats entweder Besitzer von Ländereien und Grundstücken oder von Kapitalien sind, oder aber eine Lebensart, ein Gewerbe treiben, das sie mehr als hinlänglich ernährt. Einem jeden von diesen muß nothwendig in dem Grade, in welchem sein Vermögen gröfser oder geringer ist, oder dessen Verlust leichter oder schwerer eintreten kann, daran liegen, dafs sein Ueberflufs gesichert sei, und dafs er sein Gewerbe ungehindert forttreiben könne. Die grofse Menge derer, die blofs so viel erwerben, als sie zu ihrem täglichen Unterhalte brauchen, hat nichts zu verlieren, und verdankt dem Staate beinahe nichts weiter, als die Sicherheit für ihr Leben. Je gröfser nun bei jedweder Gesellschaft der Vortheil ist, den ein Mitglied derselben vor dem andern geniefst, zu einem so gröfsern Erhaltensbeitrage ist es auch verbunden.

Ich könnte diese Theorie weiter verfolgen; allein theils dient es nicht zu mei-

nem Zwecke, theils begreife ich überhaupt nicht, wie man dergleichen Theorien bis ins kleinste Detail verfolgen, bis zum letzten Faden abspinnen kann, ohne vor Verdruss krank zu werden, wenn man sogleich bei den allerersten Axiomen daran erinnert wird, wie schlecht, oder wohl gar nicht, diese in der Natur der Sache liegenden Grundsätze im Großen befolgt werden. Doch, wie bekannt, weist ja das Staatsrecht das, was die Privatgesetze den Societätsinteressenten sehr richtig vorschreiben, mit den Worten zurück: Es ist verfassungswidrig! Gleichsam, als wenn Verfassung das höchste Gesetz im Staate ausmache, dessen Vorschriften, ihrem Grunde und ihrer Dauer nach, ewig und unabänderlich wären, und nach welchem alle übrige Grundsätze der Moral und des Rechts sich reguliren müßten. Und doch ist Staatsverfassung ein eben so conventionelles Ding, als Liturgie, Zeremoniel u. a., kann eben so fehlerhaft

als diese seyn, und muß mithin, nach Verschiedenheit der Zeiten und Umstände, anders modifizirt, verbessert, und der Vollkommenheit, d. h. den ewigen Gesetzen Gottes näher gebracht werden. Man wendet ein, daß nichts schwerer sei, als Abänderungen in der einmal hergebrachten Einrichtung des Staats vorzunehmen. Die Schwierigkeiten, welche sich uns bei Verbesserungen von Mißbräuchen entgegenstellen, zeugen nicht von der Rechtmäßigkeit letzterer, müssen uns also auch nicht von dem erhabenen Beruf abhalten, jener Vollkommenheit uns immer mehr zu nähern.

— — immedicabile vulnus

Ense recidendum est, — —.

Der die Repartition der Staatsbeiträge begründenden Proportion wird theils auf eine direkte, theils auf eine indirecte Art entgegen gehandelt. Die Fälle der erstern Art sind fast noch häufiger, als die der letztern. Wem sollte hierbei nicht sogleich die in dem ganzen heil. Röm. Reiche

deutscher Nation, und in allen Ländern, wo noch jenes Ueberbleibsel roher Barbarei, das Lehnssystem herrscht, bestehende fehlerhafte Steuerverfassung einfallen? Die Rittergüter, welche, mit Einschluss der Domainen, gewöhnlich den größten, wenigstens den besten Theil des Landes ausmachen, tragen, das unbedeutende Kapitations-Quantum abgerechnet, zu den eigentlichen Landesoblasten beinahe gar nichts bei; denn das Wenige, was sie bei Landeszusammenkünften verwilligen, würde, im Verhältniss zu den gesammten öffentlichen Bedürfnissen, wenn es auch gänzlich ausfiel, darum kaum vermisst werden. Die Bürger und die Bauern sind es also allein, welche die Staatsbedürfnisse aufbringen sollen. — Der Landmann weifs sich noch zu helfen: er schlägt seine Abgaben auf die Preise der nothwendigen Lebensmittel, die er den Städten zuführt, legt mithin dadurch auch seinen Antheil an der gemeinschaft-

lichen Last auf die Schultern der Städtebewohner. Diese guten Leute aber können unmöglich durch ihre Betriebsamkeit in Bearbeitung der rohen Producte, durch ihren Kunstfleiss, und durch die oft nur dem Namen nach noch existirende bürgerliche Nahrung so viel erschwingen, als von ihnen gefordert wird; sie müssen endlich unter der Last erliegen.

Man erstaunt, und meynt, man habe sich geirrt, wenn man hie und da die Beiträge eines Ritterstizes mit denen einer Stadt von gleichgrossem Areal zusammenstellt, und beim Schlusse der Rechnung findet, das sie sich ungefähr wie 1 : 180. verhalten. Und doch ist es so. Nimmt man hinzu, das einerseits bei vielen Rittergutsbesitzern die Befoldung für ihre Staatsbedienung ihre dreissig, ja wohl vierzigjährigen Beiträge in einem einzigen Jahre oft doppelt ersetzt, andererseits aber die Stadt noch über obiges, einen ansehnlichen Brandkassenbeitrag, und so viel,

als zur Erhaltung von einigen hundert Familien erforderlich ist, aufbringen, auch alle geistlichen und Commungebäude, sowohl den Strafsenbau und viele andere Dinge unterhalten muß: so wird eine genaue Bestimmung der daraus hervor gehenden Disproportion völlig überflüssig und unnöthig.

Dafs eine dergleichen Einrichtung mit den ersten Grundsätzen der Vernunft streitet, ist schon bemerkt worden, und braucht nicht erst erwiesen zu werden. Es fragt sich nun noch, ob sie etwa in der Verfassung ihren Grund habe, als worauf man sich hierbei zu berufen pflegt. Ein flüchtiger Rückblick auf die Geschichte jener Jahrhunderte, in welchen sich die Befreiungen der Rittersitze bildeten, wird uns vom Gegentheile überzeugen, und uns lehren, dafs diese ganze Einrichtung nicht nur nicht verfassungsmässig, sondern vielmehr ganz gegen die Verfassung, und ein Mißbrauch derselben sei.

In den ältesten Zeiten war jeder freie Mann als Mitglied des Staats, ohne auf den Besitz der Güter Rücksicht zu nehmen, verbunden, das Vaterland gegen den eindringenden Feind zu vertheidigen. Als aber im Mittelalter die Heerführer, um sich der Treue und Anhänglichkeit ihrer Krieger um so mehr zu versichern, und ihrer Tapferkeit einen neuen Sporn zu geben, anfangen, in den eroberten Ländern einzelne Güter (Beneficia) unter die Soldaten zu vertheilen, aus welchen nachher die Lehne entstanden, so wurden dadurch diese Güterbesitzer zum Kriegsdienst besonders und ausschließlich verpflichtet. Ihre Güter wurden eben deshalb von allen Abgaben und Contributionen befreiet, und keine andere Last ruhte darauf, als die Verbindlichkeit zum Kriegsdienst. Die Lehne sind also nicht als Belohnungen schon geleisteter, sondern als Sold für immerfort zu leistende Dienste gegeben worden.

Dieser Kriegsdienst war damals beschwerlich. Denn der Vasall mußte nicht nur selbst aufsitzen und Knechte bei sich führen, sondern er mußte auch sich und seine Knechte, von Ankunft auf dem Sammelplatz an, mit Lebensmitteln auf drei Monate versorgen. Unter vier Pferden konnte er nicht schicklich ins Feld ziehen, sonst wäre er als ein reifiger Knecht angesehen worden, welches einem Ritter unanständig war. Seine Aftervasallen, welche gegen ihn als ihren Lehnsherrn eben die Pflichten auf sich hatten, mit welchen er dem Oberlehnsherrn zugethan war, mußte er auch mitbringen, ja, erforderlichen Falls, auch seine Hinterlassen stellen.

Weil nun die Vasallen fast bei jedem Aufgebote Schwierigkeiten zu machen pflegten, indem sie zu vergessen schienen, daß sie nur allein wegen der zu leistenden Kriegsdienste ihre Lehn besäßen, und wegen der Kosten des persönlichen

Dienstes die Einkünfte des Lehns genöf-
fen, so wurden die Aufgebote seltener,
und man fing an, sich der geworbenen
Soldaten zu bedienen.

Da nun, nach dieser vorgegangenen
Veränderung, der Zweck, um welches
willen man Vasallen angenommen hatte,
wegfiel, so hätten auch die Vasallen in
den Landen, wo man stehende Armeen
einführte, entweder die Unterhaltung die-
ser Armeen über sich nehmen, oder ihre
Lehngüter zurückgeben, oder aber selbige
von der Zeit an versteuern sollen. Allein
diese Vasallen waren zu mächtig worden;
sie waren in den meisten Landen der ein-
zige Stand, der zu Berathschlagungen ge-
zogen wurde: die Reichsfürsten hatten
ihre Macht und ihr Ansehen noch nicht
hinlänglich gegründet; hingen noch zu
sehr von ihren vornehmen Vasallen und
deren Schutze ab, mußten sich mithin
manche Anmassungen derselben gefallen
lassen, um nur ihr eignes Ansehen zu be-

festigen und aufrecht zu erhalten. Hier geschah es nun, daß die Ritterschaft fast die gänzlichen zur Erhaltung des Staats erforderlichen Oblasten auf den dritten Stand und das Landvolk brachte. Um sich jedoch das Ansehn zu geben, als trügen sie auch dazu bei, verstanden sich die Vassallen zwar zu einem Beitrage, der aber so gering war, daßs mancher, der vormals mit 6—8 Pferden ins Feld rücken mußte, jetzt mit einem, ja wohl gar mit einem halben paradierte. Zudem wurde dieser Beitrag bloß von der Gefälligkeit der Ritterschaft abhängig gemacht, und nur als freiwilliges Geschenk — *Don gratuit* — entrichtet.

Nach der mit den Lehndiensten vorgegangenen Veränderung also kann jetzt dem Adel die Steuerfreiheit auch deswegen nicht zugestanden werden, weil selbige in der alten deutschen Freiheit vorzüglich gegründet ist, die auch jetzt noch keinen Abfall leidet. Eins der wichtigsten

Stücke der deutschen Freiheit bestand darin, daß man von keinen andern Abgaben etwas wußte, als welche den Bauern als Leibeigenen, den Juden als Kammerknechten, und den überwundnen Völkern auferlegt wurden, wogegen jeder freie Mann seine Obliegenheit gegen den Staat durch Kriegsdienste erfüllte, ohne dafür weitem Lohn, als den freien Besitz seiner Güter zu genießen. Es kann sich also der Adel allein die Steuerfreiheit nicht anmassen, sondern es würde auch jeder freie Bürger darauf Ansprüche machen können. Da dieß aber niemand behaupten wird, so hat das aus der alten deutschen Freiheit entlehnte Argument offenbar den Fehler, daß es mehr beweist, als es beweisen soll. Der Einwand des Adels endlich, ihre Vorfahren hätten das Land mit Leib und Lebensgefahr erobert, deren Enkel sie zum Theil wären, ist nicht passend, da sie einerseits meist durch Kauf ihre Nachfolger geworden sind, andererseits aber auch

dieser Einwand selbst der Bedingung, unter welcher die ersten Acquirenten die lehnbaren Güter erhielten, geradehin entgegen ist.

Aus diesen faktischen Umständen, welche uns die Geschichte an die Hand giebt, erhellet also, dafs auch die belobte Stütze, welche der Adel für seine Steuerfreiheit von der Verfassung hernimmt, äufserst wandelbar und zerbrechlich ist.

„Würden aber,“ höre ich jemanden fragen, „die derzeitigen Besitzer der steuerfreien Güter nicht über Ungerechtigkeit schreien, wenn man selbige jetzt besteuern wollte?“ Diese Frage läfst sich, wie mich dünkt, mit einer andern: ob es nicht die grösste Ungerechtigkeit involvire, Jahrhunderte hindurch so vielen Generationen seiner Mitbürger Lasten, die wir gemeinschaftlich mit ihnen tragen sollten, allein aufzubürden, und uns selbigen zu entziehen? beantworten. Ohnehin ist auch die Klage, dafs, da die Lehn-

güter durch die Besteuerung an ihrem Werthe ungemein verlieren, deren Besitzer einen beträchtlichen Verlust dabei leiden würden, blofs partiell, und könnte nur von denjenigen, die durch Kauf oder einen andern onerosen Vertrag neuerdings Lehngüter an sich gebracht haben, erhoben werden, da die übrigen, die das von ihren Urvätern beseffene Lehn noch jetzt besitzen, durch das von ihren Vorfahren aus den Lehnsnutzungen erworbene, und von diesen auf sie vererbte Vermögen mehr als hinlänglich entschädiget sind, oder vielmehr ohne Unbilligkeit keine Entschädigung verlangen können, weil die Verbindlichkeit zum alleinigen Kriegsdienste immer noch fortdauert. Allein auch gegen gedachte neuerliche Acquirenten wäre die Besteuerung der Lehngüter nicht ungerecht. Denn gewiß haben sie vor Abschließung des Kontrakts alle andere Rechte, Gerechtigkeiten und Befugnisse, die mit dem Besitze des zu erwer-

benden Lehns verbunden waren, reiflich erwogen, haben die Gründe eines jeden dem Gute zustehenden Rechts sorgfältig untersucht, diejenigen Gerechtigkeiten und Befugnisse, auf welche dem Gutsherrn ein unbestrittenes Recht zustand, von jenen, welche er nur im precären Besitz hatte, genau abge sondert: wer hiefs ihnen also eine ewige Steuerfreiheit dabei voraussetzen? Lag der Fehler nicht an ihnen selbst, wenn sie den Grund derselben nicht auffuchten? Denn ausserdem müßten sie ihn leicht in der Verbindlichkeit zum Kriegsdienste gefunden haben; sie müßten sich überzeugt haben, dafs die zeither gewöhnliche jährliche Summe von 19 oder 20 Thalern auf ein Ritterpferd kein hinlängliches Surrogat desselben ausmache: dafs gedachte Summe nicht feststehend sei, und nach Zeit und Umständen — besonders jezt, da man überall die Armeen nicht genug verstärken zu können glaubt, — sich abändern müsse.

Die ganze Zeit, die seit der Veränderung des persönlichen Kriegsdienstes verfloßen ist, ist, in Rücksicht der Güter-Versteuerung, als ein Justitium anzusehen, wo der schwächere Theil die ihm von dem mächtigern aufgelegte Bürde geduldig ertragen mußte. Ufurpirte Rechte aber, die nicht nur gegen die Ordnung der Natur sind, sondern auch dem Wohle des Ganzen Eintrag thun, verjähren nie, und müssen, — wenn auch Einzelne bei ihrer Aufhebung leiden sollten, — abgeschafft werden: Verbindlichkeiten, die lediglich das Recht des Stärkern einführte, dürfen auch durch das Recht des Stärkern wieder aufgehoben werden.

Allein, um auch dem Scheine einer Unbilligkeit gegen die neuesten Lehnserwerber auszuweichen, könnte ja wohl ein Ausweg in der Masse eingeschlagen werden, daß die Steuerfreiheit der Rittergüter zwar nach wie vor fort dauerte, jedoch

die Verwilligungen — unter dem fernerhin beizubehaltenden Namen eines *Don gratuit*, — bei einer allgemeinen Ständeversammlung in so weit festgesetzt würden, daß selbige wenigstens zur Unterhaltung der halben Armee, nach dem jedesmaligen Etat derselben, hinreichen; zur Unterhaltung der andern Hälfte würden sich alsdann die übrigen Staatsbürger um so williger verstehen. Nähere und bestimmtere Vorschläge zu einem hierunter zu treffenden billigen Abkommen müssen wir von besser unterrichteten und billig denkenden Staatsmännern erwarten, die zugleich von Menschenliebe durchdrungen sind, und Edelmuth, Selbstverläugnung und Seelengröße genug besitzen, um nicht von einer der verdienstlichsten Unternehmungen ihrer hohen Bestimmung durch Eigennutz oder Menschenfurcht abgehalten zu werden. Und an solchen Männern gebricht es ja, Gott sei Dank! wenigstens meinem Vaterlande noch nicht.

Der Ertrag der Rittergüter ist, seitdem alle inländische Produkte zu so hohen Preissen gestiegen sind, und seitdem viele Rittergüter die Nahrung der Städte an sich gezogen haben, um die Hälfte gegen sonst, und bei mehreren noch höher gestiegen. Einer von den vorzüglichsten Nahrungszweigen der Bürger in den Städten bestand ehemals im Bierbrauen. Der Landbewohner mußte sein Consumo den Städten abnehmen. Jetzt ziehen die Städter die Dorfbiere, welche auf den benachbarten Rittergütern — freilich ursprünglich nur als herrschaftlicher Tischtrunk — gebrauet werden, weit vor, und das nicht mit Unrecht, denn bei den ungeheuern Abgaben, welche der Stadtbrauer vor dem Unterzünden seines Gebraudes erlegen muß, kann das Stadtbier jenem, das ohne diese Abgaben auf den Rittergütern gebrauet wird, unmöglich beikommen. Von dem ansehnlichen Ge-

winn, den die Rittergüter aus ihren Bierbrauereien, und Branntweinbrennereien ziehen, geben die Pachtanschläge den deutlichsten Beweis. Oft werden dem Pächter diese Nutzungen alljährlich auf mehrere tausend Thaler reinen Gewinn von dem Eigenthümer zugesichert. Wird nicht hierdurch der Bürger in seiner Nahrung ungemein zurückgesetzt?

Ich könnte noch von mehrern andern Abgaben und Beschwerden, die den Bürgerstand sowohl unmittelbar, allein, als mittelbar, am meisten drücken, reden: jedoch um einerseits diesen Punkt gegen die übrigen nicht unverhältnißmäßig auszu dehnen; andrerseits aber dem Verdachte einer Partheilichkeit oder Animosität gegen einen Stand, den ich — unter billigen Voraussetzungen — hochschätze, und in manchen seiner einzeln Mitglieder ganz besonders verehere, auszuweichen, breche ich davon ab. Ueberdies habe ich noch

einiges auf dem Herzen, das diesen Stand angeht, wünsche aber dabei eben so sehr, als jeder andere Schriftsteller, daß man meine Schrift nicht eher aus der Hand lege, bis man damit zu Ende gekommen ist. — Von jenen verdrießlichen Dingen also vielleicht zu einer andern Zeit: hier nur noch das Resultat von dem Verfalle der Stadtnahrung. Der kümmerlichen Lage der Städtebewohner nämlich ist lediglich die successive Abnahme der Einwohner in den Städten zuzuschreiben. Hierbei muß man aber ja nicht an die Residenzen und großen Handelsstädte denken, nach welchen hin der Zufluß von Menschen täglich zunimmt. Der Fürst, der sich immer in seiner Residenz aufhält, wo Eitelkeit, Luxus, Müßiggang und Frivolität gewöhnlich zu Hause sind, kann, wenn er die neugierigen Einwohner, im neuesten Geschmack geputzt, halbe Tage lang seine

Hofburg umlagern sieht, um etwa einige durchgehende Wagen, ein Regiment Soldaten, oder des etwas vorbei passiren zu sehen, leicht auf den Gedanken kommen, daß es um seine Unterthanen recht wohl stehen, und an nichts mangeln müsse. Nein, die Provinzialstädte, — der eigentliche Sitz des Gewerbflusses, der Manufakturen und Fabriken, — sind es, die ich meyne, wenn ich von der Abnahme der Städtebevölkerung spreche. In Kurfachsen enthielten die Städte bei Einführung des Mahlgroschens den vierten Theil sämmtlicher Landesbewohner, im Jahre 1772 nur noch den fünften. Nach der Zeit ist die Städtebevölkerung noch mehr gefallen, so daß jetzt nicht der siebente Theil in Städten wohnt. Die gute Absicht, welche der ruhmwürdige Kurfürst dadurch zeigt, daß er nicht nur noch immer die vom König August I. zu Bau - Begnadigungsgeldern bestimmte jährliche Summe

von 70,000 Thalern von der Generalaccise zur Unterstützung der Neuanbauenden und Wetterbeschädigten verwenden läßt, sondern auch noch andere 50,000 Thaler, die äußerst richtig fallen, zu diesem Behuf ausgesetzt hat *a)*, ist keinesweges zu verkennen, hilft aber doch den Städten, im Ganzen genommen, wenig auf, und es würde diese edle Absicht auf jeden Fall weit besser befördert werden, wenn man mehrere Nahrung, mehrern Umlauf des Geldes in Städte bringen könnte. — Die Auswanderungen aus dem Würtembergischen und Pfälzischen Städten sind zu bekannt, als daß sie mehr als einer bloßen Erinnerung bedürften. Der sicherste Grund des allgemeinen Wohls beruhet darauf, daß die Verfassung nicht auf die Wohlfahrt

a) Diese Einrichtung hat jedoch durch die mit dem Jahre 1787 eingeführte Brand-Affekuranz einige Abänderungen erlitten.

einiger Personen, sondern aller abziele.

Neben dem möglichst vollkommenen Verhältnisse der Abgaben ist endlich auch auf deren Dauer zu sehen. Der Fürst, dem daran gelegen ist, daß Treue und Glaube in seinen Landen gelte, muß selbst Wort halten, und zeitige Auflagen ja nicht länger, als anfangs festgesetzt worden, bestehen lassen. Der Schuldner, der mit der Bezahlung der aufgenommenen Summen zeither richtig anhielt, kann, bei wieder vorkommenden Bedarf, auf unsere Bereitwilligkeit zu anderweiten, ja größern Vorschüssen, um so sicherer rechnen. Kann es ohne Nachtheil geschehen, daß ein Theil der zeither bestehenden Abgaben ganz aufhöre, so wird dieß eine der angenehmsten Ueberraschungen für seine Unterthanen seyn. Man erinnere sich des lehrreichen Beispiels dieser Art, welches der im Kabinet und im Felde gleich große

Herzog von Braunschweig vor einigen Jahren gegeben hat.

Eins der wichtigsten Stücke, die das Zutrauen der Nation gegen ihren Fürsten begründen, ist die Befetzung der hohen Staatsämter mit Männern, die ihrem Posten gewachsen, und vom Volke geschätzt und geliebt sind, die die Verfassung, die politischen Verhältnisse, die Kräfte des Landes und den Charakter der Einwohner kennen, die eine angeborene Liebe zum Lande selbst haben, und deren eigenes Wohl mit dem Wohle des Landes verknüpft ist. Die Wahl hierin läßt zugleich tiefe Blicke in die Fähigkeiten und den Charakter des Regenten selbst thun.

So wie es in den rohen Jahrhunderten des Faustrechts gewöhnlich war, daß Geistliche an der Spitze der Staatsgeschäfte stan-

den, so hat sich in den neuern Zeiten der Adel dieses Vorrecht ausschliessend angemasst. So viel ist gewiss, daß zu jenen Zeiten die Geistlichkeit nicht wegen ihres Standes, sondern wegen ihrer mehrern Geschicklichkeit zur Staatsverwaltung gebraucht wurde. Nachher verlangte der Adel dieses Vorrecht der Verwaltung der hohen und wichtigern Staatsbedienungen, als Stand. Da nun diese Chargen ihrer Anzahl nach, im Ganzen genommen, wenig Veränderung leiden, und sich mehrentheils immer gleich bleiben, die Menge des Adels hingegen von Jahr zu Jahr zunimmt, so ist es jetzt so weit gekommen, daß es letzterer nicht mehr unter seiner Würde hält, auch Einnehmer- und Aufseherstellen, wenn sie nur übrigens einträglich sind, zu verwalten, und der Bürgerliche hat nicht die mindeste Ursache, sich dieserseits über den Adelstolz zu beklagen.

Dafs zur richtigen Leitung und Len-

kung des Staatschiffs die tüchtigsten Männer der Nation, Männer von reifer Beurtheilung, unternehmendem Geiste, unermüdeter Thätigkeit und erprobter Rechtchaffenheit nöthig sind, Männer, die sich nicht bloß auf günstige Winde zu verlassen brauchen, sondern auch entstehenden Stürmen Trotz bieten können, ist eben so einleuchtend, als, daß diese Talente nicht einer bestimmten Klasse von Menschen angeboren, und ihr ausschließlich eigen seyn können. — Leider ist es bei uns bereits so weit gekommen, daß mancher Fürst das Verdienst von bürgerlicher Geburt nur in sofern kennen lernt, als seine Günstlinge für gut finden, es ihm sehen zu lassen. Denn überall schließt sich die privilegierte Caste des Adels an das Oberhaupt an, welchem sie zu Gunsten ihres Eigennutzes huldigt, dessen Macht sie aufrecht zu erhalten und zu vergrößern sich bemüht, um durch ihn Macht zu er-

halten, und das Emporkommen des dritten Standes zu verhindern.

In ruhigen Zeiten einfacher Staatsverwaltung, wo das Schiff des Staats von selbst ging, war es leichter, die Schiffsleute auch unter solchen zu wählen, die eben keine großen Talente, Kenntnisse und Geschicklichkeiten erprobt hatten und anwenden konnten; und da hatte es so auffallend üble Folgen noch nicht, wenn man auch ein erbliches Erforderniß zu Aemtern statt der natürlichern geltend machte. Aber jetzt, wo die Staatsverwaltung immer verwickelter geworden ist, wo ungewöhnliche Geisteskräfte und seltne Thätigkeit so sichtbar erfordert werden, muß man die Nothwendigkeit fühlen, sich nicht durch die alten Schranken in der Wahl der Beamten einengen zu lassen. Man hat hie und da seit einiger Zeit, besonders aber in den letzten Jahren, sich durch den Stand nicht fesseln lassen, son-

dern freier gewählt, wie man die Menschen brauchte. Noch jetzt verehrt Europa Adliche von großer Bedeutung und wohlthätiger Wirksamkeit in hohen und untergeordneten Aemtern; aber das Heil, das sie verbreiten, ist keine Folge ihres Adels, sondern ihrer persönlichen Eigenschaften, und neben ihnen stehen Männer von bürgerlicher Abkunft, die ähnliche Verdienste sich erworben haben.

So übertrieben uns die allgemeinen Deklamationen gegen den Adel scheinen, für so unschädlich wir die Unterscheidungszeichen des Adels, für so heilig wir seine Rechte des Eigenthums, für so wohlthätig — wenigstens unter manchen Voraussetzungen — wir seine Landstandschaft halten; so wenig können wir uns von den Vortheilen des ausschließenden Rechtes desselben zu allen, oder auch nur den hohen Aemtern überzeugen. Die Gründe gegen dieß letztere Vorrecht sind in un-

fern Tagen häufig, und selbst von solchen Adlichen, welche sich ihrer Geschicklichkeiten und Talente bewußt waren, wiederholt worden, und Regierungen haben Maßregeln darnach genommen.

Die Nation muß, wenn ihr ihre eigne Wohlfahrt am Herzen liegt, wenn sie sich nicht einer gröblichen Undankbarkeit, einer wirklichen Ungerechtigkeit schuldig machen will, nothwendiger Weise ausgezeichnete Rechtschaffenheit, Tugend und Verdienstlichkeit, mit ausgezeichneten Belohnungen auch erwiedern. Sie muß dem würdigen Staatsdiener vor der übrigen Volksklasse größere Freiheiten, größere Vorrechte, ein größeres Ansehen verschaffen. Ob gerade ein Band oder ein Kreutz dazu das schicklichste Mittel sei, darüber mag der wahrhaft große Mann selbst entscheiden; genug, der Staat muß, wenn auch gleich, dem moralischen Werthe nach, alle Glieder, vom Regenten bis

zum geringsten Tagelöhner herab, sich gleich find, nothwendig auf den bürgerlichen Werth derselben sehen.

Die Franzosen werden ihre verworrenen Gleichheitsbegriffe noch Zeit genug durch die That berichtigen, haben sie auch zum Theil schon berichtet. Persönlichen Adel hat es zu allen Zeiten, unter allen Völkern gegeben, und das Streben nach diesem Adelsbrieft hat in der Welt von jeher die größten, edelsten Thaten hervorgebracht. Er kann nicht aufgehoben werden, das widerstreitet seiner Natur; und es wäre das größte Unglück, welches einen Staat treffen könnte, wenn er nur auf eine etwas lange Zeit sich verlöre.

Anders ist es mit dem erblichen Adel. Verdienste können, nach der Natur der Sache, nicht von Person zu Person übergehen; sie werden nicht angeboren, sondern müssen nothwendig erworben werden,

sind mithin nicht als ein Erbtheil einer gewissen Familie zu betrachten: sie sind eine Folge eigener Selbstthätigkeit, eigener Geistesgrösse, eigener Herzensgüte, eine Folge von eigenen bürgerlichen und moralischen Tugenden. Sollten wohl auf einen boshaften Taugenichts, auf einen ausgearteten Wollüstling, auf einen hirnlosen Dummkopf, Ehre, Ansehen, Verdienste und Belohnungen seines würdigen Vorfahren so unbedingt übergehen müssen? Ist es nicht die höchste Ungerechtigkeit, einem solchen unnützen, vielleicht selbst gefährlichen, Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft, bloß deswegen, weil sein Ahnherr Verdienste hatte, so viele, so wesentliche Vorrechte und Freiheiten einzuräumen, und dieses den übrigen verdienten und rechtschaffenen Staatsbürgern nicht nur zu entziehen, sondern selbigen auch dadurch zugleich die drückende Bürde aufzulegen, jenen immer zahlreicher wer-

denden Stand in öffentlichen Staatslasten zu übertragen? Sehr wahr drückt sich Bolingbroke in seiner körnigen Sprache hierüber folgendermassen aus: „Es giebt keinen schätzbaren Rang unter den Menschen, als den, welchen wirkliches Verdienst ertheilt. Die Fürsten der Erde können wohl Namen geben und Feierlichkeiten einsetzen, und die Befolgung derselben fodern; sie können Narren und Schurken mit Ehrenkleidern und Sinnbildern der Tugend und Weisheit behängen; aber kein Mann wird wirklich grösser als der andere seyn, ohne grösseres Verdienst, und dieser Rang kann eben so wenig von uns genommen werden, als das Verdienst, das ihn gab. Die höchste Gewalt giebt einer Münze einen erdichteten und willkührlichen Werth, der darum nicht gleich in allen Zeiten und Orten gilt, aber der wahre Werth bleibt unveränderlich. So wird Verdienst nicht aller Orten dieselbe Achtung hervorbringen. Aber was thuts?

der Anspruch auf diese Achtung ist nur einer, und wird auf gleiche Art in jeder Gelegenheit von denen, die weise und tugendhaft sind, befunden“.

Die Freiheit von Abgaben bereichert den Adel; seine Vorrechte zu den ersten Stellen im Staate verschaffen ihm Ansehen und Macht. Der Bürgerstand wird dadurch gänzlich von jenem abhängig gemacht. Er muß, nach Maßgabe der Umstände, schmeicheln, kriechen und heucheln, darf selten aufrichtig sprechen, muß, um nur seine Existenz kümmerlich fortzuführen, jede Belohnung seiner Dienste, die er dem Staate leistet, jede noch so schlechte Verforgung als eine ihm vom Adel erzeugte Gnade demüthig verehren.

Das Steife des Adels gegen den Bürgerlichen, und das zu Geschmeidige dieses gegen jenen schwächt den Gemeingeist der Nation und zerstört die nothwendige Einheit eines gemeinsamen Interesse. An

dessen Stelle tritt das besondere Interesse der Korporationen, und zeichnet dem Adelichen, Bürgerlichen, und dem Bauernstande, jedem einen besondern Weg vor, der entweder Gegenstreit voraussetzt, oder zur Folge hat. Diese Spannung der drei Stände kann für die Regierung in Fällen, wo sie des gesammten Beistandes aller bedarf, sehr nachtheilig ausfallen, ja dadurch alle Hülfe unmöglich werden.

Alle Stellen, vom Rathe an bis zum Vize-supernumerar - Kopisten, werden von Adelichen und durch Adeliche besetzt. Diese aber können die um eine eröffnete Dienststelle Werbenden unmöglich alle kennen, müssen sich mithin auf die Empfehlungen anderer verlassen, die durch Motiven von mancherlei Art, unter andern auch durch Bestechungen gelenkt werden. (Denn daß auch die ersten Staatsdiener selbst könnten bestochen werden, läßt sich kaum glau-

ben.) Dadurch kommen alle Aemter von Bedeutung nie in die Hände der Würdigen, sondern der Reichsten. Es liesse sich über die Bestechungskunst, die in unsern Zeiten leider! in ein ordentliches System gebracht worden, ein ganzes Buch schreiben. Ich will, der Kürze wegen, hier nur bemerken, dafs, wenn Bestechungen je von schädlichem Einflusse sind, sie bei Besetzung von Gerichtsstellen am meisten schaden. Der Beamte, dem seine Anstellung etwas beträchtliches gekostet hat, spekulirt auf den Beutel der Gemeinden, um recht bald die Erkaufsumme wieder zu erhalten, und nach einigen Jahren sagen zu können: „er erhalte Befoldung“. An den Orten, wo dieses System herrscht, wird die Judenschaft, mehr als anderwärts, durch den Zinswucher wohlhabend und reich.

Da nun gewöhnlich der, welcher die krummen Wege den geraden vorzieht, und nicht mittelscheu ist, auch zugleich immer

derjenige ist, der seine Schwäche und Unwürdigkeit fühlt; so entspringt daraus auch noch die traurige Folge, daß gerade die Unwürdigsten angestellt, und bei aller ihrer Unbrauchbarkeit oft reichlich belohnt werden. Merkt man hinterher, daß Dementi, und kann den Mann nicht brauchen, so wird er bei erster Gelegenheit anderswo eingeschoben: und so macht mancher sein Glück, wie man zu sagen pflegt, ohne es selbst zu wissen, indess der fleissige, geschickte, aber dabei arme und nicht protegirte Mann, der mit Aufopferung eines grossen Theils seiner Zeit, seiner Gesundheit und seines Vermögens sich zu Geschäften tüchtig gemacht hat, aber mehrentheils in den Künsten der Schmeichelei ungeübt ist, ohne alle Ausichten, ohne alle Ermunterungen bleibt.

Ich bin weit entfernt zu glauben, daß dergleichen Mißgriffe immer nur Partheilichkeit und Privatrücksichten zur Quelle haben. Nein, mein Vaterland hat Männer

genug aufzuweisen, welche die Welt für die rechtlichsten Patrioten erkennt, und die doch mehrmals durch die empfohlenen Subjekte nichts weniger als Ehre einlegten, und dieß bloß darum, weil sie selbige nicht selbst kannten, sondern sich hierbei auf die Empfehlung und das Zeugniß anderer verlassen hatten. Man sollte überhaupt gegen die zudringlichen Empfehlungen von Vätern, Schwiegerältern, Vettern u. f. w. äußerst mißtrauisch seyn. Da diese aber zum öftern schlauer, bloß im Verborgenen die Hand im Spiele haben, und durch einen Dritten, der sich, gegen die Gebühr, zu Lobeserhebungen ihres Verwandten willig finden läßt, ihren Sohn, Eidam oder Vetter einzuschieben suchen, man mithin hiebei nicht vorsichtig genug zu Werke gehen könnte: so wäre mein unvorgreiflicher Rath dieser, daß man die zu einem eröffneten Posten sich anmeldenden Kandidaten insgesammt auf eine oder die andere Art Probestücken

ausarbeiten liesse, und hiernach bei der Wahl ganz unpartheiisch verführe. Es versteht sich, dafs man bei Fertigung dieser Proben sorgfältig darauf Bedacht nehmen müfste, dafs keinem der Concurren-ten die Möglichkeit, mit fremdem Kalbe zu pflügen, übrig bliebe, auch der Chikane vorgebeugt würde. Kassenämter hingegen müssen nicht blofs dem, der die erforderliche Kautio[n] machen kann, sondern dem Manne von erprobter und bewährter Recht-schaffenheit vorbehalten bleiben.

Erhabene Edle, die Ihr das Ruder des Staats führt, denen es das reinste Ver-gnügen gewähren mufs, Verdienste zu be-lohnen, und niedrige Schmeichelei mit Verachtung zu bestrafen, gebt nicht zu, dafs eine der wichtigsten Angelegenheiten der Menschheit überhaupt, und des bür-gerlichen Wohls insbesondere, so leichtfin-nig abgefertiget werde! Wenn Ihr den Mann, der sich von seiner ersten Jugend an zum dereinstigen Dienste des Staats

ernstlich vorbereitete, den seine Umstände von jeher an Fleiß, Ordnung und Einge-
zogenheit gewöhnten, jetzt in seinen besten
Jahren ohne Amt, ohne Versorgung und
ohne Protektion, mit Dürftigkeit und Le-
bensüberdrufs ringend, in seiner Einsam-
keit solltet jammern hören; wenn Ihr die
stillen Thränen sehen solltet, die ihm bei
einem widerholten fruchtlosen Versuche,
seine Lage zu verbessern, entfallen, —
zumal wenn er wahrnimmt, wie mancher
Günstling des Glücks, der ihm vorgezogen
ward, stolz und übermüthig den größten
Theil seiner Zeit im Müßiggange mit rau-
schenden Vergnügungen verbringt, die
sein Einkommen weit übersteigen, seine
Schuldenlast vermehren, und ihn endlich
nöthigen, zum Betrüger zu werden: —
wenn Ihr dieß alles sehen und hören soll-
tet, gewiß, Ihr würdet nicht zugeben,
daß der Rechtschaffene fernerhin seufze;
Ihr würdet seine Thränen abtrocknen, und
seinen Talenten und Fähigkeiten einen

ihnen angemessenen Spielraum anweisen ;
Eure That würde Gewinn für den Staat,
und beruhigendes Gefühl für Euch zu Be-
gleitern haben !

Die Anstellung zu den Diensten des
Staats erinnert ungezwungen an die mit
ihr verwandte Belohnung, welche den
Staatsbeamten für ihre Dienste gereicht
wird. Die Kassenämter ausgenommen,
befoldet der Staat insgemein seine Beam-
ten zu karg. Diese Sparsamkeit verhin-
dert entweder Taufende zu heirathen,
und erzeugt die bekannten für Moralität,
Staat und Menschheit so nachtheiligen Fol-
gen des Cölibats, oder veranlaßt sie, auf
unrechtmäßige Einkünfte zu sinnen, oder
stürzt sie in Schuldenlast. Alle diese drei
Uebel bringen eine so zahlreiche Men-
schenklasse, als die der Staatsbeamten ist,
in immer grössere Zerrüttung: lassen das
Verdienst, oft der besten Köpfe, unbe-

lohnt; verbreiten Muthlosigkeit und Egoismus, und machen die Justiz- und ganze Staatsverwaltung, die in ihren Händen sich befinden, feil.

Die Dienstgehälter richten sich immer noch nach den vor mehrern hundert Jahren, wo man noch ein Huhn für wenige Pfennige kaufte, errichteten Foundationen, wobei der Fehler begangen wurde, daß man die mit jedem Amte verbundenen Einkünfte auf eine bestimmte Summe baaren Geldes setzte. Weit besser wäre für diese Bürgerklasse gesorgt worden, wenn man ihr Naturalien angewiesen, oder wenigstens eine nach deren jedesjährigem Preise regulirte Vergütung ausgesetzt hätte; da die Erfahrung verschiedener Jahrhunderte lehrt, daß der Werth des Geldes immer sinkt, der Werth der Naturalien aber immer steigt. Mithin ist es sichtlich, daß der Beamte, der baares Geld einnimmt, von Jahr zu Jahr weniger an Werth erhält, da hingegen derjenige, welcher

sein Einkommen von liegenden Gründen oder in Naturalien bezieht, gegen diesen Zufall gänzlich gesichert ist, und eine verhältnißmässig sich immer gleichbleibende Einnahme haben wird.

Der Einwurf: daß jedweder, der so kärglich besoldet ist, sich einschränken, und nicht mehr ausgeben müsse, als er einnehme, ist bald gemacht: allein ich zweifle, ob nicht dieser Rath mehr gut gemeint, als, nach der Lage der Dinge, wohl überlegt seyn sollte. So lange man den Luxus nicht einschränkt, — und diese Einschränkung möchte, wegen der fortschreitenden Kultur und der Stockung in den Gewerben, eben so wenig möglich als rathsam seyn; — so lange noch jedem Stande mancherlei Ausgaben, durch stillschweigende Convention, nothwendig sind, die es vor hundert Jahren nicht waren; so lange die Preise aller Bedürfnisse steigen, und die Befoldungen nicht auf eine oder die andere Art verhältnißmässig

reguliret werden: so lange wird dem über sein unzureichendes Einkommen klagenden Subalternen sein wohlbeleibter Prinzipal umsonst aus dem Lehnstuhle zurufen: „man müsse sich einschränken“!

Der Gesichtspunkt, aus dem man gewöhnlich die Anstellung der Staatsdiener als eine ihnen erzeugte fürstliche Gnade, und ihre Befoldung als einen Gnadengehalt anlieht, ist ganz falsch gewählt. Denn daraus würde folgen, daß auch dem Fürsten das Recht zustehe, die Diener des Staats nach Eigensinn und Laune zu verabschieden, und es würde in den willkührlichen Dienstentsetzungen, wovon uns die neuesten Vorfälle so manches merkwürdige Beispiel liefern, nichts unbilliges liegen. Dieses Recht aber müssen wir dem Fürsten gänzlich abprechen. Der Fürst handelt bei Besetzung der Staatsbedienungen, bei Ertheilung der damit ver-

bundenen Einkünfte, und bei Dienstentlassungen so wenig als Privatperson, wie er dieses bei Kriegserklärungen, Friedensschlüssen und Steueraus schreiben thut. Er handelt hier als Regent, der Pflichten auf sich hat, und was er thut, thut er im Namen des gesammten Volks, welches ihm die Sorge für seine Wohlfahrt mit dem Vertrauen, er werde sie nach seinen besten Einsichten unpartheiisch befördern, übertragen hat. Persönlichen Neigungen und Privatschwächen darf da, wo Pflicht gebietet, nie, am allerwenigsten aber hier, wegen des ausgedehnten Einflusses, nachgegeben werden. Durch die Anstellung des Staatsbeamten hat also nicht bloß der Fürst, der Staat hat dessen Verdienste und Brauchbarkeit anerkannt, und so wie der Beamte auf seiner Seite Fleiß und Zeit zur treuen Verwaltung des überkommenen Amtes anwenden muß, so ist der Staat seinerseits verpflichtet, für dessen anständiges Auskommen zu sorgen, und ihn nicht

Noth leiden zu lassen. Soll er seines Dienstes, aus irgend einem Grunde, entlassen werden, so muß dieser Dienstentlassung eine unpartheiische Untersuchung der zeit-herigen Verwaltung vorhergehen, die ihn des Verlusts seines Dienstes für schuldig erklärt. Hat sich der Beamte gegen eine vom Fürsten, etwa gegen die Landes-Fundamentalgesetze, genommene Mafsregel aus Gründen, mit bescheidenem Nachdruck erklärt; hat er über eine Privatleidenschaft desselben mit Schonung gesprochen: so giebt dies keine Ursache zur Dienstentlassung ab; auch kann ihm keine Strafe, die den Dienstverlust unmittelbar nach sich zieht, zuerkannt werden.

Hofstellen hingegen hängen blofs von des Fürsten persönlicher Zuneigung ab, da es ihm eben so, wie jedem andern Privatmann, freistehen muß, sich bedienen zu lassen, von wem er will. Da wir

jedoch, wenn es uns um die Erwerbung der Liebe und des Zutrauens anderer zu thun ist, gegen sie nicht bloß die Zwangspflichten erfüllen, wozu uns das strenge Recht und unser Gewissen verbindet, und wobei wir oftmals den Vorwurf der Unbilligkeit nicht ablehnen können, sondern auch unsere gleichgültigen, willkührlichen Handlungen so einrichten, daß sie jenen Zweck zugleich mit befördern: so wird der Fürst auch bei Vertheilung der Hofstellen, ungeachtet selbige ganz von seinem Gutbefinden abhängen, doch auch diese Klugheit beobachten. Er wird demnach hierbei eine einzelne Religionsparthei — besonders wenn sie nicht zugleich der herrschenden Landesreligion zugethan seyn sollte — nicht auffallend begünstigen; er wird, wenn von Besetzung einer solchen Stelle die Rede ist, sie nicht einem Ausländer ertheilen, so lange es in seinem eignen Lande nicht an Männern fehlt, die dieser Stelle vorstehen können. Recht

verstanden ist der Ausspruch des grossen Friedrichs: „ein Landesfürst müsse keine Religion haben“, ein ächt königliches Wort.

Werden die richtigen Begriffe von der Nothwendigkeit und dem Wesen der Staatsverbindungen, von der Majestät eines Regenten und dessen wahren Verhältnisse zu seinen Unterthanen auf unserer sublunaren Erde fernerhin so, wie bisher, immer mehr ausgebreitet; lernen wir das Wesentliche vom Zufälligen, das Innere vom Aeusserlichen, die Wahrheit vom Scheine trennen, und über das Schattenbild des sinnlichen Prunks hinweg sehen: so wird an dem Aufwande, den jetzt manche Hofhaltungen erfordern, in Zukunft viel erspart werden können; eine Menge von Menschen, die grossentheils bei ihrem Müsiggange sich zeither durch nichts, als etwa durch ein imposantes Wesen auszeichneten, werden sodann die ihnen von Gott nicht umsonst verliehenen

Kräfte und Fähigkeiten zu nützlichen Beschäftigungen verwenden können, statt daß sie bis jetzt schliefen, oder wenigstens fürs Ganze von keinem Nutzen waren. Wie kann auch die Stimme des Volks die Ohren des Regenten erreichen, wenn er, von seinen Hofleuten gleichsam gefesselt, in einer unzugänglichen Gefangenschaft lebt, weder die Stimme, die um Hülfe ruft, der Unschuld, die um Schutz fleht, noch die Stimme des Danks hört, da alle Gelegenheit dazu abgeschnitten ist!

Die Majestät des Throns — gegenwärtig ein nackender Heiliger, und in den Augen des Philosophen ein ärmliches Phantom, wenn sie nicht auf der persönlichen Erhabenheit des Charakters eines Souverains beruht, — wird nicht immer in der Würde des Regenten, sondern einer jämmerlichen Aufsenseite gesucht, die das kriechendste Zeremoniel unterstützt, und der sklavische Niederträchtigkeit Glanz

G

ertheilt. Giebt es Majestät, wenn eine Menge ehrfüchtiger Hoffschranzen zur Cour fahren, oder eine Menge reichgekleideter Domestiken unter einander rennen? Diese Einbildung, als gebe äußerer Glanz Würde und Majestät, ist nichts anders, als ein aus den Vorurtheilen und der Dummheit des Pöbels hervorgewachsener Irrthum, der nach und nach, so wie ihm die Nahrungsfäfte entzogen werden, hinwelken und seine Blätter verlieren wird. Der Thron muß nicht Glanz auf den Regenten werfen; er muß ihn vom Regenten erhalten. Friedrich der Einzige, dem seine gesammte Hofhaltung, nach allen ihren Rubriken, jährlich nicht viel über 200,000 Thaler kostete, war nichts destoweniger der grösste Regent seiner Zeit. Freilich möchte es wohl nicht jedem Monarchen anzurathen seyn, seinen Hofstaat eben so einzuschränken, eben so einfach sich seinem Volke zu zeigen, die nämliche Fru-

galität in seinen eignen Ausgaben zu beobachten, als es der grofse preussische König that, und zwar aus dem leicht begreiflichen Grunde, weil nicht jeder Regent auch zugleich ein Friedrich ist, und nicht alle Unterthanen über die Verhältnisse der Dinge in der Welt so denken, als die preussischen dem grössten Theile nach.

Die Festigkeit in den Grundsätzen und der unerschütterliche Muth in deren Ausführung; die Gröfse und Erhabenheit in Handlungen; die innere Stärke; die Liebe zur Gerechtigkeit und die Heilighaltung der Gesetze; die Achtung gegen seine Pflichten; der Ernst und die Festigkeit in seinen Negotiationen; die unverrückte Treue in Bündnissen und Verträgen, und eine unwandelbare Standhaftigkeit im politischen Systeme: dieses ist es, was Majestät giebt.

Einen beträchtlichen Theil des Aufwands für die Hofhaltungen nehmen die Apanagen der Seitenlinien regierender Häuser weg. So entschieden nothwendig es an sich ist, daß der Staat für ein der Würde und Erhabenheit seines Regenten angemessenes Auskommen desselben Sorge; und für so billig es jedermann halten wird, daß auch dessen nachgebornen Geschwistern und übrigen Stammvettern, so lange sie sich im Lande aufhalten, ein anständiger Unterhalt versichert werde: so wenig mag ich über die Billigkeit derjenigen Apanagen entscheiden, welche Prinzen vom Hause, die entweder in Diensten fremder Mächte stehen, und sich immerwährend im Auslande aufhalten, oder wohl gar selbst als regierende Herren über Land und Leute gebieten, davon die Einkünfte oft beträchtlicher sind, als die ihres Stammhauses, oder endlich denen gereicht werden, die in den geistlichen Stand getreten sind. Die Vordersätze zu dem

Beweise für die Apanagen im ausgedehnten Sinne, die man bei fürstlichen Häusern, wo das Primogeniturrecht durch Familienverträge eingeführet worden, vom Lehns - Miteigenthume hernimmt, sind mehrentheils ungegründet und falsch, wenigstens falsch verstanden: wie kann die Schlussfolge richtig seyn? Staaten sind keine Landgüter: und wo kein Eigenthum ist, kann auch kein Miteigenthum stattfinden. Ferner, wie lassen sich die Apanagen, welch fürstliche Personen beziehen, die in den geistlichen Stand getreten sind, mit dem Grundsätze: daß jeder mit dem Eintritte in diesen Stand die Lehnsfähigkeit verliere, vereinbaren? Auch setzen unsere allgemeinen deutschen Reichsgesetze außer dem, was die weltlichen Kurfürsten und das Haus Hessen anlangt, im allgemeinen nichts hierüber fest, sondern alles beruht hierunter lediglich auf Hausverträgen und Observanzen.

Die eingebildeten Bedürfnisse Einzelner werden in der Welt nur zu oft mit den wahren des Ganzen verwechselt, so geht es mit den Hofetats, so mit dem Soldatenwesen, welches jetzt für die Unterthanen fast überall von Jahr zu Jahr drückender wird. Wenn der unselige Geist der Eroberungsfucht, des Ehrgeitzes oder des Despotismus dem mächtigen Herrscher unaufhörlich Gedanken von Vergrößerung und Unterdrückung einbläset, und ihn dadurch zu Verstärkung seiner ohnehin schon zu großen Armee antreibt, so wirbt der Fürst, der über vier Quadratmeilen Landes gebietet, Soldaten, um sich die überflüssige Zeit damit zu vertreiben, oder aus Eitelkeit und Nachahmungsfucht. Dieses Spielwerk möchte noch hingehen, so lange es darauf eingeschränkt bleibt, einige hundert Menschen in zehn oder zwölf Haufen abzutheilen, und sie in eben so viel verschiedenen Kleidern zu sehen;

oder zwei Trompeter und einen Paucker zu halten, um sagen zu können: „man habe eine Garde zu Pferde“. Sobald aber der kleine Fürst nicht bloß Militair halten, sondern es auch verstärken will, dann wird es dringender, zu fragen: cui bono? Etwa um mit zweitausend Menschen unter dem noch übrigen Eintausend Ruhe und Ordnung zu erhalten? Besitzt er so viel kriegerischen Geist; sind in seinen Augen Kriegsthaten nur große Thaten: so suche er den Kampf in auswärtigen Diensten auf, und trockne sich nachher in seinem friedlichen, durch den Fleiß arbeitsamer Bewohner blühenden Ländchen den Schweiß von der Stirne.

Ob und wie viel dem Fürsten fünfter Größe in Europa Vermehrungen seines Militairs nützen können, muß sich aus der geographischen Lage seines Landes, aus den politischen Verhältnissen, in denen er mit seinen Nachbarn steht, und aus deren

Macht ergeben. Ist er auf allen Seiten mit mächtigen Nachbarn umgeben, die mit Hunderttausenden ins Feld rücken können, so wird ihm eine Verstärkung von einigen tausend Köpfen weniger helfen, als sie seinen Unterthanen schadet; er wird, wenn zwischen zweien jener Nachbarn, von denen sein Land eingeschlossen ist, die Fehde beginnt, das Interesse seines Landes mit einem von beiden verbinden müssen, wenn er nicht will, daß man sein Land zum Waffenplatz mache. Wollte man sagen, daß ihm eine nach Verhältniß ansehnliche Macht wenigstens die Neutralität sichern könne, so könnte dies vielleicht eben so gut mit einer Landarmee geschehen, welche alljährlich einigemal in den Waffen geübt würde, und nachher wieder ihre gewohnte Arbeiten, den Weberstuhl oder den Pflug zur Hand nähme.

Eine übergroße stehende Armee trägt den Keim der Staatsentvölkerung

und des Sittenverderbnisses in sich. Soldaten erfordern Geld, und Geld gewinnt nur der Steuerbare durch Landbau, Fleiß und Handel.

So sehr man auch in unsern Tagen durch Anempfehlung mehrerer Düngemittel, die, mit Klugheit angewandt, sehr vortheilhaft seyn können, durch Anpflanzung ausländischer Getraidearten, Futterkräuter und anderer Sämereien, die ergiebiger und nahrhafter sind, als die zeither gewöhnlichen, und durch neuerfundene Maschinen, wodurch an Zeit und Menschenhänden gewonnen wird, dem Land- und Ackerbaue unmittelbar aufzuhelfen gesucht hat: so sehr hat man ihm doch mittelbar durch die Jagdmifsbräuche und die Exaktionen der Zehnden auf der andern Seite wieder geschadet. Zwar, wie bekannt, haben mehrere deutsche

Fürsten aus Liebe zu ihren Unterthanen, durch ernstliche Befehle, das Wegschiefen des überflüssigen Wildes betreffend, diesem Unwesen zu steuern gesucht: allein wie ist nicht hie und da ihrer wohlgemeinten Absicht von den hierzu befehligten Jagdbedienten offenbar entgegen gearbeitet worden! Ein gewisser Fürst hatte zu dieser Absicht die gemessensten Befehle an seine Jagdbediente ergehen lassen, und doch hörten die Landleute über die Verwüstungen des Wildes nicht auf. Er wollte sich daher mit eigenen Augen überzeugen, und besuchte zu dem Ende mehrere Reviere. Da ihm nun überall äußerst wenig, ja zuweilen in stundenlangen Strecken kein einziges Stück Wild aufstieß, so glaubte er, man habe seinen Befehl, den Ueberfluß wegzuschiefen, nicht bloß befolgt, sondern durch Wegschiefsung alles Wildes, sogar überschritten. Schon war er nicht weniger gegen

seine Jagdbedienten als über die, wie es schien, ohne Ursache klagenden Landleute entrüstet, als letztere um die Erlaubniß baten, ihm das von den Jägern versteckt gehaltene Wild zutreiben zu dürfen. Jetzt kamen ganze Heerden von allen Arten Wild zum Vorschein, und der gute Fürst, der zu keiner andern Zeit so viel beisammen gesehen hatte, fand nun die Klagen der Bauern mehr als zu sehr gegründet.

Bei den Getraide-Zehnden will ich nur jener schädlichen Art erwähnen, wie solche an manchen Orten erhoben werden. Das in Mandeln gebundene Getraide muß so lange auf dem Felde unter freiem Himmel liegen bleiben, bis es dem Verwalter, Voigt oder Pächter beliebt, die zehende Garbe auszuwählen. Fällt nun Regenwetter ein, so verliert der Zehendherr sowohl als der Zehendpflichtige. Das Getraide wächst aus, oder verfault wohl gar, und

wird der Gesundheit nachtheilig, da es außerdem trocken in die Scheune hätte gebracht werden können.

Wir gehen jetzt zu einem wichtigen Momente der Befestigung des Zutrauens gegen den Fürsten in Landen, wo die Grundverfassung der deutschen Repräsentation der Stände noch aufrecht steht, zur Unverletzbarkeit des Stimmrechts dieser Stände über.

Das Mitwirkungsrecht der deutschen Landesstände zur Ausübung der wichtigsten Regierungsgeschäfte in reichsstädtischen Ländern äußert sich hauptsächlich in allen Hoheits- und Regierungsfachen, die ohne Geldhülfe der Unterthanen oder deren persönliche Verpflichtung, oder ohne Gefahr für das Land, jetzt oder zukünftig, nicht unternommen und ausgeführt werden können.

Im mittlern Zeitalter und der darauf folgenden Periode bedienten die deutschen Landesfürsten in allen hohen und wichtigen, die Regierung und Wohlfahrt ihrer Staaten betreffenden Landesangelegenheiten sich jederzeit ihrer getreuen Landschaften Raths und Gutachtens, und ordneten, nach einem fast allgemeinen, durch Landes - Fundamentalgesetze bestätigten Herkommen, ohne derselben Zuziehung nichts darin an. Auch das Hauptgrundgesetz der jetzigen deutschen Reichsverfassung, der Westphälische Friede, und die sich darauf beziehenden sämmtlichen kaiserlichen Wahlkapitulationen sichern in denjenigen Reichsterritorien, in welchen sich die alte Verfassung der landständischen Repräsentation aufrecht erhalten hat, den Landständen diese Theilnahme und Mitwirkung bei der Ausübung der landesherrlichen Hoheitsrechte in der Masse zu, daß dieser Friedensschluss als das wahre Pal-

ladium der landständischen und daher folgenden Nazionalconcurrrenz zur Ausübung der wichtigsten Regierungsgeschäfte anzusehen ist; wie dieses, und dafs auch bei den nachherigen kaiserlichen Wahlunterhandlungen der Kurfürsten Absichten dahin gegangen, die landständischen Gerechtsame und eines jeden Landes Herkommen bei Kräften zu erhalten, von unsern grössten Publizisten, von einem Moser, Struben, Pütter u. a. über allen Widerspruch hinausgesetzt ist.

Zu diesen allgemeinen Reichsgesetzen kommen noch theils Verträge und Landesrecessse, welche zwischen Regenten und Ständen in ältern und neuern Zeiten errichtet, theils landesherrliche Reversalien und Resolutionen, so bei merkwürdigen Gelegenheiten und Vorgängen den letztern ertheilt sind, theils auch diese Vorgänge selbst, als eben so viele Beweise, dafs die Landesfürsten das in der alten

deutschen Freiheit und der ursprünglichen Landesverfassung gegründete Recht der Landeseingeseffenen, durch ihre Repräsentanten zur Ausübung der wichtigsten, das Land angehenden Regierungsgeschäfte zugezogen zu werden, durch die That selbst anerkannt, und auch in vorkommenden Fällen, wo das *exercitium iuris belli, armorum et foederum, sequelae militaris, tributorum, defensionis patriae*, und überhaupt der *status publicus et politicus* Entschliessungen und Verfügungen erfordert, über die zum allgemeinen Wohl des Vaterlandes zu ergreifenden Mafsregeln mit ihren getreuen Ständen und Landes-Repräsentanten landesväterlich sich zu berathen, feierlich versprochen haben.

Diese in der deutschen Reichsverfassung gegründete Einrichtung wäre demnach eben so wohlthätig, als die Reichs- und Landesgesetze, welche sie bestätigen, lobenswürdig sind, wenn nur über jene

Einrichtung immer gehalten, und diese Gesetze gewissenhaft befolgt worden wären. Man beurtheile nach ihnen das Verhalten jenes Reichsfürsten, dessen Landstände ihm zu Anfange der französischen Revolution die Aufnahme der Emigrirten mit Freimüthigkeit abriethen. Wie heilsam wäre für seine Unterthanen, wie vortheilhaft für ihn selbst geforgt gewesen, wenn er damals jenen eben so gegründeten als wohlgemeinten Abmahnungen das schuldige Gehör nicht versagt hätte! Oder konnten die hannöverischen Stände deswegen, weil ihr Landesherr, als König von England, in einen verderblichen Krieg mit Frankreich verwickelt war, gezwungen werden, mehrere Truppen, als ihr Reichskontingent ausmachte, ins Feld rücken zu lassen? und war wohl die höchsten Orts deshalb, weil er sich als Landstand gegen diese Anmuthung mit bescheidener Freimüthigkeit äußerte, anbefohlene Dienst-

entlassung eines würdigen Repräsentanten und Staatsbeamten, der die rühmlichsten Zeugnisse seiner Mitstände sowohl, als die seiner Kollegen wegen seines Wohlverhaltens aufweisen konnte, eine gerechte Handlung? — Wollen wir den Zweck nicht mehr, wozu allgemeine Landeszusammenkünfte dienen sollen, so laßt uns lieber auch sie selbst, als das Mittel, aufheben, und wir werden wenigstens die Kosten ersparen, und sie zu etwas nützlicherm — etwa zur Unterhaltung der Landstraßen und der öffentlichen Gebäude, oder zur Unterstützung des Gewerbflusses, oder zur Errichtung von Bürger- und Landschulen u. s. w. — verwenden können! Es verräth Geisteschwäche, nicht Seelengröße, mehr durch Befehl als Ueberzeugung regieren zu wollen. Der Geist Leopolds II. ruht freilich nicht auf jedem Regenten; aber auch nicht jedes Land ist so glücklich, als es Toskana unter ihm war.

Diejenigen Staatsbürger werden ihre Verfassung am meisten lieben und werthschätzen, denen diese Liebe und Werthschätzung schon von Jugend an eingepflanzt worden ist.

So inkonsequent und ungereimt es auf der einem Seite scheint, Menschen Mitglieder einer bürgerlichen Verfassung werden und seyn zu lassen, die ihnen auf immer ein Geheimniss bleibt; insbesondere den jungen Bürger bei seiner Erziehung eher mit allen Spekulationen über die unsichtbare Welt und mit seinen Pflichten als Mitglied des Geisterreichs, als mit seinen nächsten bürgerlichen Verhältnissen, Rechten und Verbindlichkeiten bekannt zu machen, so begreiflich ist es auf der andern, warum sehr viele Staaten ihre Bürger gern in jener Unbekanntschaft lassen, ja diese absichtlich bei ihnen erhalten. Und in diesem Betracht möchte wohl die Meinung, daß solche Kenntnisse dem Bürger in jeder bürgerlichen Verfassung

wohl thun würden, sehr problematisch seyn. Der einzige Gesichtspunkt, woraus, nach der jetzigen Lage der Dinge, einem Bürger die Staatsverfassung achtungs- und liebenswürdig dargestellt werden kann, ist der Gesichtspunkt eines gesellschaftlichen Vertrags die möglichste Annäherung an die Idee einer vollkommenen Staatsverfassung. Wenn nun aber die Entstehungsart, die Verfassung, die Gesetze eines gegebenen Staats in so manchem Betracht der Idee geradezu widerstreiten, wie wird sich der Staat gern allen seinen Mitbürgern darstellen wollen, ja es nur wagen dürfen, sich so zu zeigen wie er ist? Da bleibt dann nichts übrig, als die so viel möglich im heiligen Dunkel erhaltene Vorstellung einer hochgebietenden Herrschaft und unbedingt gehorchender Unterthanen: aber auch jetzt die unzertrennliche Folge davon, daß die meisten der letztern jede von der erstern herkommende Anordnung und Einrichtung als einen Zwang ansehen,

dem sie sich nur um der Uebermacht willen unterwerfen müssen, und welche, bei allen süßen Worten, ja bei dem besten Anschein, nie um ihrer Wohlfahrt willen, sondern bloß zum Besten der Herrschaft und ihrer Dienerschaft gemacht würden. Daher der so tief eingewurzelte Haß, den so mancher Bürger gegen seine Staatsverfassung im Herzen trägt. Aber auch bessere und rühmlichst administrierte Staatsverfassungen, wozu ich mein eignes Vaterland mit vollem Rechte zählen zu können glaube, haben es sich selbst zuzuschreiben, wenn der Bürger, dem sie sich nicht näher zu erkennen geben, sie nicht liebt. Um jene heilige Achtung gegen die Staatsverfassung und alles was mit ihr zusammenhängt, und die innige Zuneigung in dem Herzen der Bürger zu begründen, werden richtige und deutliche Begriffe über ihre Natur und ihren Werth sowohl, als über die Pflichten des Bürgers gegen sie verbreitet werden, und deswegen wird

der Unterricht darüber in Zukunft ein Hauptstück des Schulunterrichts ausmachen müssen.

Man mache den Kindern Ursprung und Entstehung der Staaten begreiflich, und lege ihnen die Glückseligkeit, unter Obrigkeit zu leben, recht ans Herz, setze auch dabei die Leiden der Anarchie auseinander. Man stelle ihnen die Güte desjenigen Staats, worin sie geboren sind und leben wollen, recht vor, damit Vaterlandsliebe und Zufriedenheit mit der einheimischen Verfassung von Kindesbeinen an mit ihnen zugleich erwachse. Dazu gehört, daß man ihnen die vornehmsten Landesgesetze und deren Wohlthätigkeit erkläre; die nützlichsten obrigkeitlichen Anstalten im Lande, besonders die neuerlichen, anzeige und anpreise; große Unterstützungen der Obrigkeiten in allgemeinen Landesnöthen ihnen bekannt mache; und sie zum Gebet für die Obrigkeit, — für welche, häufig aus Unkenntniß ihrer Güte

und dem daraus erwachsenden Mißtrauen, so selten aufrichtig gebetet wird, — anhalte.

Es wäre zu wünschen, daß jedes Land einen zu diesem Behuf zweckmäfsig ausgearbeiteten Landeskatechismus befäße. Der Herr Regierungspräsident v. Vangerow in Magdeburg versprach vor einigen Jahren einen Gesetzkatechismus herauszugeben, wornach die Kinder in den Schulen von ihren künftigen Rechten und Pflichten als Unterthanen unterrichtet werden sollten. Ob und wie er sein Versprechen erfüllet habe, ist mir nicht bekannt.

Nur noch ein Wort über die Erziehung der adelichen Jugend insbesondere.

Es ist sehr natürlich, daß der Adel unserer Zeit weit anders von sich und von dem Verhältnisse denkt, in welchem er mit dem Bürgerstande steht, als der Adel vor-maliger Zeit, vielleicht noch vor funfzig Jahren, davon dachte. Er lernt gerade nach einsehen, daß jetzt noch etwas mehr, als bloß französische Bonnen, Pferde- und

Jagdhunde zur Erziehung gehöre. — Die adelichen Kinder bekommen jetzt eine mehr bürgerliche, das heist, vernünftigere Erziehung, die den Bedürfnissen des Zeitalters angemessen ist, und die sie nicht zu eingebildeten Thoren, sondern zu bessern Menschen macht; sie lernen frühzeitig den Adel, den sie durch die Geburt erhalten, für einen zufälligen Vortheil, aber nicht für ein angeerbtes Verdienst halten; die Wissenschaften, in denen sie mit den Bürgerlichen wetteifern, bereichern ihren Verstand, verfeinern ihre Sitten, und verbreiten unter ihnen den Geschmack am Guten und Schönen, und so verwandelt sich der auf Unwissenheit gegründete, und sonst so verschriene Adelstolz in erlaubte Schätzung ihres Standes, und in vernünftige Würdigung der übrigen Stände. Die Spuren der Ungeschlachtheit des Adels voriger Zeit sind kaum noch in Gegenden, wo den Adel die Leibeigenschaft seiner Gutsunterthanen selbige nicht viel höher

als seine Pferde und Hunde schätzen liefs, auffallend merklich. — Es leidet keinen Zweifel, dafs die richtige oder irrige Schätzung unserer und fremder Vorzüge und Verdienste das vollkommenste Barometer unserer eigenen Ausbildung und Geisteskultur ist. Der indostanische Raya, der erworbene und errungene Menschenwürde gegen den Besitz von sechzehn Ahnen für nichts hält, nennt den Mann vom Volke ohne Unterschied, P a v i a s, d. h. infamer Kerl. Der Adelige auf Tahiti ist etwas gnädiger, und nennt ihn blofs T a t a - e i - n o u, d. h. Lumpenhund.

Als man im Anfange der französischen Revolution noch über die Vorzüge des Adels vor dem dritten Stande sehr ernstlich stritt, trat in einer Versammlung zu Rouen ein beredter Vertheidiger des Adels auf, erzählte die tapfern kriegerischen Thaten der Helden von hoher Geburt, welche in den Kriegen fürs Vaterland gefallen waren, sehr umständlich, und gründete

die Vorrechte seines Standes vorzüglich auf das für den Staat so reichlich vergossene Blut adelicher Helden. Da er seine lange Rede, welche viel Eindruck machte, geendigt hatte, entstand ein allgemeines Stillschweigen, und man fürchtete schon, der Bürgerstand würde seine Sache aufgeben: als einer mit sehr bescheidener furchtsamer Miene aufstand, und um Erlaubniß bat, der Versammlung, zur Beantwortung jener Rede, nur eine Frage vorzulegen. War denn, sagte er, was Millionen Soldaten in den Kriegen, worin einige tausend Edelleute umkamen, vergossen haben, Wasser? Es erfolgte ein zweites noch allgemeineres Schweigen.

Nächst der Erziehung der Bürger zur Liebe und Werthschätzung ihrer Verfassung müssen sie aber auch insgesamt, jung und alt, nützlich beschäftigt werden. Wer nützlich beschäftigt ist,

hat nicht Zeit auf Unfug zu finnen, und läßt nicht leicht ausschweifende Wünsche bei sich aufkommen. Die Erhaltung und Vermehrung der Glückseligkeit des Staats beruhet größtentheils auf der durch nützliche Thätigkeit geleiteten Moralität der Staatsbürger. Die Sorge dafür ist also dem Regenten von der äußersten Wichtigkeit.

Keine Art des Erwerbes, die lediglich vom blinden Glück, oder aber von Spekulationen abhängt, die durch das Reichmachen eines Einzigen Hunderte an den Bettelstab bringen, kann dem Lande von wahrem Nutzen seyn. Alle Mittel, Reichthum auf andere Weise zu erwerben, als durch Anstrengung einer rechtmässigen Thätigkeit, schaden der Moralität der Bürger eben so sehr, als ihrem Wohlstande. Des Menschen Glück und Zufriedenheit beruhet in der bürgerlichen Gesellschaft grossen Theils auf Arbeit. Der Staat muß daher suchen, ihn dazu auf alle Weise zu vermögen; er muß allen nur möglichen

Reitz in die Arbeit legen, um den natürlichen Hang des Menschen zur Trägheit und Bequemlichkeit zu überwinden. Untersuchen wir es genau, so ist eben die Aussicht auf diese Bequemlichkeit der Sporn, der den grossen Haufen zur Arbeit antreibt. Man unternimmt die mühsamsten, beschwerlichsten Arbeiten, man unterzieht sich Gefahren, die entweder den augenblicklichen Tod drohen, oder doch das Leben mit Gewissheit langsam abkürzen, bloß in der Hinsicht auf den dereinstigen Genuß mehrerer Bequemlichkeit und guter Tage, als des Lohns dieser mühe- und gefahrvollen Thätigkeit. Man muß daher, im Ganzen genommen, keinen andern Weg kennen, zu diesem Genuß zu gelangen, als eben Arbeit. In meinen Augen sind daher Monopolen eben so schädlich als Akzienhandel, und Klassen-Lotterien nicht viel besser als Zahlen-Lotterien.

Monopolen können zwar unter

gewissen Umständen, jedoch immer mit Einschränkung, statt finden. Eine Unternehmung kann von grossem Nutzen fürs Ganze werden, allein die Neuheit derselben macht den gewöhnlichen Arbeiter dagegen misstrauisch, oder der dazu benötigte Verlag übersteiget seine Kräfte; oder aber es hat einer eine nützliche Erfindung gemacht: es wäre unbillig, ihm die Belohnung der darauf verwandten Zeit und Mühe vorzuenthalten. Will der Staat diese verdiente Belohnung nicht aus seinem bereiten Vermögen hergeben, will er die Unternehmung nicht selbst betreiben, so mag er dem Erfinder, und, im andern Falle, dem Unternehmer ein Monopol verstatten. Nur sind dabei, unter andern, zwei Hauptbedingungen nicht aus den Augen zu lassen: dafs nämlich das Monopol nicht auf immer, sondern nur auf gewisse Zeit ertheilet werde; und dafs der Bewegungsgrund, warum es ertheilt wird, nicht dringendes Geldbedürfnis sei. Mo-

nopolien von bestimmter Dauer sind oftmals nützlicher als freigelassene Konkurrenz, weil der Monopolist, seines eignen Vortheils wegen, die Käufer nicht übertheuern darf, auch die Waare bei weitläufigen Anstalten dadurch, daß die Fabrikation und Manipulation einzelner zugehöriger Stücke immer in einerlei Händen bleibt, selbst an Güte gewinnen kann, welches bei freier Konkurrenz nicht geschehen würde. Aber auch diese zeitigen Monopolen müssen nicht fürs Geld feil seyn. Derjenige Staat, der zu seinen Bedürfnissen, und wegen seiner Schuldenlast sich zum Verkauf von Privilegien genöthiget sieht, steht an einem gefährlichen Abgrunde. England, dessen Kredit zu schwach ist, um auf Annuitäten und Leibrenten Geld zu bekommen, das, um nur die laufenden Zinsen seiner schuldigen Kapitalien zu decken, von Zeit zu Zeit neue Geldquellen auffuchen und eröffnen muß, dessen Schatzmeister daher immer

in der gröfsten Verlegenheit ist, und den Staatsgläubigern, aufser den versprochenen, alljährlich immer höher steigenden Interessen, noch mancherlei Versprechungen machen, vielfache, dem Ganzen äußerst nachtheilige Privilegien, unter andern auch Monopolen ertheilen muß, um nur die benöthigten Summen, die nie wieder bezahlt werden, von reichen Privatleuten herauszulocken, giebt hiervon ein warnendes Beispiel.

Der Aktienhandel, oder der auf Spekulation unternommene Kauf und Verkauf von Quoten in geldbringenden Unternehmungen, ist, wenn er mit Staatspapieren geschieht, ein gefährliches und allezeit schädliches Hazardspiel. Gefährlich für jeden Theilnehmer, jemehr der Reitz, sein Glück darin zu versuchen, durch häufige und beträchtliche Veränderung des Steigens und Fallens der Aktien verstärkt wird, zugleich aber auch damit der mögliche Fall, einen grossen Theil seines Ver-

mögens und seiner Gemüthsruhe dadurch auf immer zu verlieren, an Wahrscheinlichkeit gewinnt: schädlich für den Staat, weil er die Thätigkeit so mancher Bürger von nützlichen Gegenständen ablenkt, und auf eine bloße Spekulation leitet, die mit keiner Art Produktion in Verbindung steht; weil das Kapital, welches darin umgesetzt wird, nicht zur Beförderung nützlicher Thätigkeit dienen kann; weil endlich die Leichtigkeit, Geld auf Hypotheken zu bekommen, dadurch verloren geht, hinsichtlich der Staatskredit selbst den nachtheiligsten Einfluß davon empfindet. — Wir wollen hiermit die Zuträglichkeit und Nützlichkeit der Staatspapiere für die Finanzen und den National - Wohlstand nicht überhaupt ablängnen. Aber so viel ist klar, daß der Kredit des Staats und die Sorgfalt für die Gewissheit des Vermögenszustandes der Privatpersonen durchaus erfordert, daß ihr laufender Werth vom Nominalwerthe so wenig als möglich ab-

weiche. Sie werden, bei richtiger Auszahlung der Zinsen, pünktlicher Rückzahlung der fälligen Termine, und richtig berechneten, feststehenden Münzeinrichtungen eben so wenig beträchtlich unter diesen Werth fallen können, als sie, bei guten und zweckmäßigen Anordnungen für das Hypothekenwesen, nicht leicht erheblich über denselben steigen.

Außer den Nachtheilen des Akzienhandels, welche insgesammt die Lotterien mit ihm gemein haben, ist letztern noch überdies ein besonderer Fehler ausschließlich eigen. Akzienhandel kann nur von reichen Leuten getrieben werden: an der Lotterieseuche liegen auch die ärmsten Volksklassen krank. Durch die sogenannten Kompagnie Scheine hat man sie angelockt, und ihnen die Gelegenheit, ihren geringen Verdienst auf eine geschwinde Art los zu werden, erleichtert. Gewinnst und Verlust, eins so gut als das andere, ist ihnen gleich schädlich. Der

Gewinnst verleitet sie zur Liederlichkeit, der Verlust zu Betrügereien und Verbrechen.

Man hat zeither so häufig und laut über die Schlechtheit und Untauglichkeit des Gefindes geklagt, hat erbauliche Betrachtungen, sogar moralische Vorlesungen fürs Gefinde geschrieben, und die Klagen über die dienende Volksklasse dauern fort. Sollte wohl an der Liederlichkeit vieler dieser Menschen, und an ihrer Untreue die Lotteriefucht zum großen Theil mit Schuld seyn? Ich glaube, ja. Sollte daher der Staat den Umfang des Lotteriewesens bei seinen Bürgern nicht mehr einzuschränken, als auszubreiten suchen? Ohne Zweifel. Würde aber das sicherste Mittel dazu hier, wie bei allen politischen Uebeln, nicht darin bestehen, daß man die Quelle verstopfte, und wenigstens vor der Hand, — so lange zur Unterhaltung milder Stiftungen und gemeinnützlicher Unternehmungen überall

Lotterien nicht mehr gestiftet werden können.

Lotterien noch für nothwendig gehalten werden, — durch Aufhebung der beinahe bis ins Unendliche getheilten Quoten der ärmern Volksmenge die Gelegenheit dazu möglichst erschwerte? Auch dieß wird hoffentlich niemand in Abrede stellen.

Nach dem vorhergehenden dürfte wohl nicht leicht ein Lottospieler neugierig seyn, meine Meinung über sein Lieblingspiel zu vernehmen.

Wenn ich vom Lotto sprechen höre, bedauere ich mit allen Gutgesinnten die ungeheuere Menge Menschen, die aus Unverstand dadurch unglücklich geworden sind; aber auch zugleich den Erfinder desselben, daß er seine Talente zu nichts besserm angewandt hat. Da jetzt über die Schädlichkeit dieses Spiels überall nur eine Stimme herrscht, und die mehresten Regenten Deutschlands es aus ihren Ländern verbannet haben, so ist es um so merkwürdiger, daß noch an manchen Orten nicht nur unter öffentlicher Autorität

und mit landesherrlicher Conzeßion Lotto gespielt wird, sondern dafs sogar fürstliche Personen, und selbst Landesväter an der Entreprife Theil nehmen. Noch vor einigen Jahren fand der Verfasser in einer Residenzstadt eines kleinen deutschen Fürsten, der sich aber gewöhnlich im Auslande aufhielt, und seine Unterthanen nur durch Strafbefehle, die nach vier Wochen durch andere wieder aufgehoben wurden, von seinem Leben und Wohlbefinden benachrichtigte, die Aushängeschilder des unter höchster Direktion stehenden Lottospiels. Nach des Fürsten Tode läßt sich von der jetzigen Administration vermuthen, dafs es nun wird aufgehoben worden seyn. In einem andern kleinen deutschen Ländchen sahe es der Verfasser noch vor anderthalb Jahren, und man erzählte ihm dabei, dafs ein Prinz des regierenden Hauses Theil an der Unternehmung habe.

— *Lucri bonus est odor ex re Qualibet.*

Endlich erheischt ächte Staatsklugheit, daß man, um sich des Zutrauens des Volks zu vergewissern, ihm immer unbefchränktes Zutrauen zeige. Der Fürst lasse kein Mißtrauen bei sich aufkommen; er höre nicht auf die Eingebungen übeldenkender oder schwacher Günstlinge. Die Glückseligkeit jeder Gesellschaft beruhet auf gegenseitigem Zutrauen. In der häuslichen Gesellschaft z. B. muß der Vater nicht bloß verlangen, daß seine Kinder Zutrauen zu ihm haben; er muß es auch zu seinen Kindern haben. Und so, wie er mit Recht verlangt, daß sie Zutrauen zu ihm haben sollen, so lange er es verdient, so können sie auch verlangen, daß er Zutrauen zu ihnen habe, so lange sie sich dessen noch nicht unwürdig gemacht haben. Selbst ihre wirklichen Besorgnisse muß die Regierung verbergen. Verfügungen, welche sie verrathen, sind allemal Beweis von Schwäche.

Besser iſts, zur Entdeckung und baldigen Unterdrückung etwaniger Mißbräuche allgemeine Maßregeln zu nehmen, als in einzelnen Fällen einem ſchon vergrößerten Uebel ſtrengere Vorkehrungen entgegen zu ſetzen. Der weit ſehende Regent weiß mit geſchickter Hand der kommenden Fluth vorzubeugen; der kurzſichtige kann ſich mit größerer Anſtrengung kaum ſchützen, wenn ſie ſchon einbricht. Wenn jener auch wirklich hie und da die Freiheit der Bürger durch ſeine Maßregeln beſchränkt, ſo merkt die groſſe Menge es nicht, weil die Wirkung noch nicht gegenwärtig iſt; und die kleine Zahl der Aufgeklärten erkennt mit Dankbarkeit Schonung in ſeiner Vorſicht.

Am allermeiſten vergiebt ſich derjenige Regent ſeine Würde, der Aufpaffern und Angebern ſein Ohr leihet. Fühlt er das Schändliche nicht, was hierin liegt, ſo ſollte ihn wenigſtens das Schädliche, was

daraus erwächst, von diesem Schritte zurückhalten. Das römische Reich war seinem Untergange am nächsten, als unter dem Tiberius und Nero die Delatoren aufkamen.

Kein Mißtrauen der Regierung gegen die Regierten, kein Mißtrauen der einzelnen Klassen der Staatsbürger gegen einander: dieß allein ist das Hauptmittel, das uns retten kann. Seid einig! Ohne Befolgung dieses Rathes ist nirgends Heil. Aber man vergeße nicht, daß die Regierten den Regierungen sich nur durch eine von den ungewissen Ereignissen der verhüllten Zukunft abhängende Revolution, die Regierungen aber den Regierten sich durch wohlthätige Reformen und durch Offenheit nähern können.

Vollkommene Glückseligkeit, vollkommene Tugend und vollkommene Freiheit können nicht in dieser Welt erwartet werden; sie sind überdieß mehr das Re-

sultat unsers eigenen Bestrebens, unserer selbst Meister zu werden, als Wirkung dieser oder jener Regierungsform. Allein die grössere Masse des Menschengeschlechts bedarf einer bessern Regierung, um einen gewissen Grad von Tugend zu erlangen, und einen gewissen Grad von Glückseligkeit zu geniessen.

Glücklich ist das Land, dessen Fürst seinem Volke mit Hülfe und Rettung entgegen geht! Glücklich kann sich der Fürst preisen, der seiner Bestimmung gemäß handelt, und sich die Liebe und das Zutrauen des Volks erwirbt!

An die Leser.

In einigen Wochen erscheinen bei dem Verleger gegenwärtiger Schrift noch folgende neue Bücher:

Launige Skizzen von Heydenreich.
Mit 1 Kupfer.

Der Deutsche in Venedig. Ein grosses tragi-komisches Familiengemälde. Mit 1 Kupfer.

Neue Reisen in Deutschland. 2 Theile.
Mit vielen Kupfern.

Reisekarte von Dresden aus durch die Oberlausitz.

Gemälde über die Oberlausitz, gesammelt auf einer kleinen Fufsreise. Von Meissner. Mit einem illuminirten Tittelkupfer.

Bemerkungen und Gefühle auf einer Reise über den Harz. Mit 1 Kupfer.

Neue Spiele zur Beförderung der Freude und des geselligen Vergnügens. Mit 1 Kupfer und Musik von Herrn Werner in Dresden.

Arndt, Christian August

Uiber die Beförderung des Zutrauens zwischen Regenten und Unterthanen Ein
Wort zur Wiederbelebung der erstorbenen Vaterlandsliebe, vornämlich in
deutschen Reichslanden

Germanien [i.e. Leipzig] 1797

J.publ.g. 1035 k#Beibd.1

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10563339-1

VD18 10256466-003